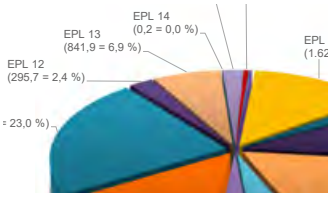
LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern

LANDTAGS NACHRICHTEN

.Januar
1/2026
www.landtag-mv.de

Doppelhaushalt 2026/27 beschlossen +++ Maritime Wirtschaft stärken +++ Mehr Childhood-Häuser in MV gefordert
Entscheidung zur MV-Tourismus GmbH +++ Besserer Schutz für Kinder und Jugendliche
Bachelor of Law für Jurastudenten +++ Mehr Geld für Kommunen gefordert +++ US-Delegation zu Gast im Landtag MV



3	Aktuelle Stunde	"Respekt vor Lebensleistungen – Die Rente sichern, den Generationenvertrag erneuern" (auf Antrag der Fraktion der SPD)
4 – 10	Auszüge aus der Originaldebatte	Julian Barlen (SPD), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Thomas de Jesus Fernandes (AfD), Daniel Peters (CDU), Torsten Koplin (Die Linke), Constanze Oehlrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), René Domke (Gruppe der FDP)
11 – 26	Berichte	Doppelhaushalt 2026/27 beschlossen SPD und Die Linke: Maritime Wirtschaft stärken CDU-Fraktion beklagt Bildungsnotstand SPD und Die Linke fordern Vogelgrippeimpfung Mehr Childhood-Häuser in MV gefordert Unterstützung für frühkindliche Förderung und Verwaltung Anträge von CDU und AfD fordern Windkraft mit Augenmaß
27 – 29	Meldungen	Entscheidung zur MV-Tourismus GmbH Besserer Schutz für Kinder und Jugendliche Bachelor of Law für Jurastudenten Abschluss von 89 Petitionen Mehr Geld für Kommunen gefordert Bürgerbauftragter ernannt
30 – 33	Befragung der Landesregierung	
34 – 35	Gesetzgebung	
36	Ausschüsse	Angehende Finanzexperten zu Besuch beim Finanzausschuss
36 – 39	Panorama	Prunkkuppel erstrahlt wieder US-Delegation zu Gast im Landtag MV Sternsinger-Empfang im Schloss
40	Wussten Sie schon?	

Titelbild: Landtag MV

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Referatsleiter: Julien Radloff
Redaktion: Anna-Maria Leistner
Autoren: Jacqueline Myrrhe (mye), Joachim Mangler (mgl)
Layout: produktionsbüro TINUS
Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss: 02.01.2026

Julian Barlen (Fraktionsvorsitzender SPD) am Rednerpult während der Aktuellen Stunde am 10. Dezember 2025 *Foto: Danny Gohlke*

Aktuelle Stunde zur Reform der gesetzlichen Rente

„Respekt vor der Lebensleistung jeder Generation“

Auf Antrag der SPD sprach sich das Parlament in der Aktuellen Stunde zum Thema sichere Rente und die Erneuerung des Generationenvertrags aus. Die SPD sah im Bundestagsbeschluss zum Rentenpaket den Beginn der Reorganisation des Rentensystems, die von der Reformkommission fortgeführt werden müsse. Die Debatte zeigte Einigkeit darüber, dass eine Rente Lebensleistung honoriere. Zur Sicherung des deutschen Rentensystems bedürfe es aber mehr Beitragszahler. Die CDU und die Gruppe der FDP favorisierten zudem die Nutzung von Kapitalanlagen.

Unter dem „Deckmantel eines angeblichen Generationenkonflikts“ werde „Stimmung gegen die Rente“ gemacht, deckte der Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen** (SPD) auf. Ohne Zweifel müsse die gesetzliche Rente weiterentwickelt und „an den Realitäten einer sich wandelnden Arbeitswelt ausgerichtet werden, aber sie dürfe keinesfalls als „gefährliches politisches Konstrukt des Gegeneinanders“ missbraucht werden.

Mit dem Rentenpaket werden das Rentenniveau stabilisiert, die Betriebsrente verbessert und die Aktivrente eingeführt, hob die Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) hervor. Nach ihrer „tiefen Überzeugung“ gehöre zum „Kern“ eines Sozialstaats, dass diejenigen, die ihr Leben lang arbeiteten, gut abgesichert werden. Darum gebe es bei der Rente nichts einzusparen, „nicht heute und auch nicht in den nächsten Jahren“.

Das Rentenpaket „ruiniert die Spielräume der kommenden Generationen“, kritisierte **Thomas de Jesus Fernandes** (AfD). Dabei brauche es eine „nachhaltige Rentenreform“ unter Einbeziehung weiterer Finanzierungsquellen und Beitragszahler sowie eines flexiblen Rentenalters. Langfristig könne nicht auf Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Förderung von Erwerbstätigkeit und Fachkräfteeinwanderung verzichtet werden.

Der Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters** (CDU) lobte hingegen das Rentenpaket, auch wenn weitere Herausforderungen blieben. Das „Hauptproblem“ liege im stetig steigenden Anteil des Bundeshaushalts für die gesetzliche Rente. Hier erwarte er von der SPD mehr Kooperationsbereitschaft. Aus Sicht der CDU sei Nachhaltigkeit nur unter Einbeziehung einer privaten Vorsorge und zusätzlicher Beitragszahler erreichbar.

Nach Ansicht von **Torsten Koplin** (Die Linke) muss die Rente den Lebensstandard im Alter sichern. Dafür reiche das Rentenpaket nicht aus. In dem viel zitierten „Generationenkonflikt“ sehe er in erster Linie einen „Verteilungskonflikt […] zwischen Arm und Reich“ begleitet von einem „schleichenden Sozialabbau“. Für Die Linke gelte, den „solidarischen Generationenvertrag“ als Fundament einer soliden gesetzlichen Rente zu stärken.

Die Fraktionsvorsitzende **Constanze Oehlrich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beschrieb das Rentenpaket als „zu klein, zu vage, zu wenig ostdeutsch gedacht“. Es löse weder strukturelle Probleme noch bewahre es besonders Menschen im Osten vor der Altersarmut. Darum plädiere sie für eine „Garantierente“ und eine „auf viele Schultern“ verteilte Finanzierung sowie „eine Reform der privaten und betrieblichen Altersvorsorge“.

In Wahrheit sei der Generationenvertrag doch „schon längst aufgekündigt“, hielt **René Domke** (Gruppe der FDP) der SPD vor. Immer weniger Erwerbstätige finanzierten immer mehr Rentner bei steigender Lebenserwartung. Hier müsse man „strukturell ran“, und zwar mit der Kopplung des Rentenalters an die Lebenserwartung, aber auch einer „kapitalgedeckten Säule“, deren Renditen die Beiträge und das Rentenniveau stabilisierten.

mye

SPD

Julian Barlen, SPD

Foto: Danny Gohlke

[…] Wir […] stehen nach wie vor für die […] sichere Rente. Wir kämpfen dafür, wir stehen dazu. Und trotzdem […] entsteht auf wundersame Weise in der Bevölkerung […] immer wieder der Eindruck, die Rente sei […] ein Problem,

[…], man könne sich das alles nicht leisten. Und diese Verunsicherung […] hat einen ganz einfachen Grund […]: Es gibt in Deutschland vor allem auf der Seite des Kapitals, auf der Seite der politischen Rechten sehr lautstarke […] Akteure, die aus eigennützigen […] Gründen […] immer wieder diesen Eindruck erwecken wollen, die Rente sei unsicher, auch […] wenn die Fakten […] komplett dagegensprechen. […] Viele gehen diesen Attacken auf die Rente auf den Leim. Sie lassen sich verunsichern.

[…] Wir machen das nicht, wir halten dagegen, in Berlin, […] in Schwerin. […] Letzten Freitag war ein guter Tag für Millionen von Menschen in unserem Land.

Der Bundestag hat das Rentenpaket beschlossen. […] Das Rentenniveau ist gesichert, die gesetzliche Rente bleibt stabil. Und das ist gut, dass […] die Koalition da […] geliefert hat […]

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Aber […] der Weg zum Beschluss […] war alles andere als gut. […] Das war […] eine beispiellose Zitterpartie, wo bis zum Schluss nicht klar war, ob die Union an dieser Stelle steht […]

Man könnte jetzt sagen, Ende gut, alles gut, der Bundestag hat beschlossen, […] Aber […] im nächsten Jahr wird auf der Bundesebene eine Rentenkommission Vorschläge für eine große Rentenreform […] unterbreiten.

[…] Die Menschen hier […] haben den Anspruch zu erfahren, wo ihre politischen Repräsentanten in der Rentenfrage […] stehen.

[…] Es geht um eine fair finanzierte Rente, […] es geht um flexible Übergänge in den Ruhestand, aber mit Wertschätzung […] statt mit Zwang und Abschlägen, […] vor allem für die Menschen, […] die in ihrem Leben hart gearbeitet haben und die einfach im Alter eine Sicherheit haben wollen […].

Aber damit nicht genug, […] die Kommission muss sich mit wirklich durchaus strukturellen Fragen […] beschäftigen:

(René Domke, FDP: Aha!)

Wie können wir erreichen, dass deutlich mehr Menschen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, auch Selbstständige, Beamtinnen und Beamte, auch Abgeordnete?

(Martin Schmidt, AfD: Ah!)

[…] Wie kann […] die Beitragsbemessungsgrenze weiterentwickelt werden […]? Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer […] zahlen auf jeden einzelnen Euro ihres Einkommens Rentenbeitrag, aber nur bis 8.050 Euro. Darüber hinaus wird auf jeden Euro null Euro […] bezahlt,

(Thomas Krüger, SPD: Hört, hört!)

und das ist nicht solidarisch […].

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Und deshalb muss über diese Beitragsbemessungsgrenze gesprochen werden.

[…] Und last, but not least muss […] auch sichergestellt werden, dass die Finanzierung in einer sich komplett dynamisch verändernden Wirtschaft zukunftsfest bleibt, […] und zwar in einer Welt mit rasant fortschreitender Künstlicher Intelligenz, mit Automatisierung, mit Robotik. […] Konkret gefragt: Welchen Beitrag zu stabilen, verlässlichen Renten und einer guten Alterssicherung der Menschen muss also eine stärkere Beteiligung von KI-Renditen, von Robotik-Wertschöpfung leisten?

Das […] ist im Jahr 2025 keine ideologische Frage, das ist eine Gerechtigkeitsfrage, wenn man in die Welt blickt und es am Ende dabei bleiben soll, dass die Wirtschaft für den Menschen da ist und dass nicht wenige Techoligarchen in der Welt sich diese zu eigen machen […].

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Das sind gewichtige Fragen […] die mit großer Sorgfalt, […] beraten werden müssen. Wir sagen, die gesetzliche Rente muss […] breiter finanziert, gerechter gestaltet und an den Realitäten einer sich wandelnden Arbeitswelt ausgerichtet werden. Und sie muss vor allem auch im Osten […] verlässlich sein. […]

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

„Es muss klar sein, dass Menschen, die ihr Leben lang arbeiten, schon während der Arbeit einen guten Lohn bekommen und später eine stabile Rente."

Foto: Danny Gohlke

[…] wir hatten in der letzten Woche die Entscheidung des Deutschen Bundestages für das Rentenpaket, und diese Entscheidung liegt jetzt […] im Bundesrat.

[…] es ist bekannt, dass die CDU gegen das Rentenniveau von 48 Prozent war und dass wir uns aber am Ende auf ein Paket geeinigt haben, […]

- die Stabilisierung des Rentenniveaus,
- die Verbesserung der Betriebsrente und
- die Einführung der Aktivrente für Rentnerinnen und Rentner, die länger arbeiten können und wollen.

[…] die Landesregierung wird diesem Rentenpaket […] zustimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke – Julian Barlen, SPD: Sehr gut!)

[…] Deswegen möchte ich gerne zu denen zurückkommen, um die es hier geht, die Rentnerinnen und Rentner, die […] mit einem Rentenniveau von 48 Prozent leben müssen.

[…] Diese 48 Prozent sind bitter nötig […], um am Ende eine Rente zu bekommen, um im Alltag klarzukommen. […], gerade aus Sicht von Mecklenburg-Vorpommern müssen wir dafür sorgen, dass das Rentenniveau stabil bleibt. […]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

[…] wenn unser Sozialstaat diese Rente nicht mehr absichert, dann ist der soziale Frieden bedroht. Es muss klar sein, dass Menschen, die ihr Leben lang arbeiten, schon während der Arbeit einen guten Lohn bekommen und später eine stabile Rente. […]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Und deshalb ist es richtig, zusätzlich […] die Anreize für Betriebsrenten […], mit der Frühstartrente die Anreize zur eigenen Vorsorge zu verbessern. Aber die Realität […] im Osten ist, dass das Vermögen niedriger ist, dass wir weniger Betriebsrenten hatten. […] deshalb ist es uns so ein großes Anliegen, […] dafür zu sorgen, mit dem Mindestlohn, […] Vergabegesetz, dass wir bessere Löhne haben, denn gute Löhne garantieren später eine gute Rente. […] 43.000 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern beziehen Grundrente, […], die gearbeitet […], aber niedrige Löhne bekommen haben, damit sie mehr haben, als wenn sie nicht gearbeitet hätten. […]. Die Rente ist Anerkennung und Respekt vor der Lebensleistung einer Generation, die hart gearbeitet hat.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

[…] Aus meiner Sicht muss vor allem die Grundrente verbessert werden. […]

Unsere Landesregierung ist […] dafür, […] dass zukünftig die Parlamentarierinnen und Parlamentarier und auch die neu hinzugekommenen Beamtinnen und Beamten einzahlen, um […] die Rente stabil zu halten, […]

Ich will ausdrücklich sagen, dass ich die Frühstartrente unterstütze […]. Und die Steuerfreiheit bei der Aktivrente ist ein wichtiger Anreiz, länger zu arbeiten, hinzuzuverdienen. […] Und gleichzeitig sorgen wir dafür, dass die Fachkräfte weiter in der Arbeitswelt bleiben, […]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

[…] unser Sozialsystem mit einem Ausgleich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen Alt und Jung ist eine feste Säule unserer Demokratie, […] ich halte es für richtig, dass zur Rente ein hoher Steuerzuschuss aus dem Bundeshaushalt gezahlt wird.

(Julian Barlen, SPD: Richtig so!)

[…] es geht darum, die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge stabil zu halten. […]

wir werden sie nur stabil halten, wenn wir einen Steuerzuschuss aus dem Bundeshaushalt zur Rente dazupacken.

[…] Unser Bundesland wird die Rentenkommission konstruktiv und kritisch begleiten, denn am Ende stehen wir hier in Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, und die müssen sicher sein, dass, wenn sie arbeiten, sie am Ende auch von dieser Arbeit leben können, im Arbeitsleben und später in der Rente […]

(lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

AfD

Thomas de Jesus Fernandes, AfD

Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Nachdem die SPD dem alles tragenden Mittelstand offen den Kampf angesagt hat […] kommt die SPD mit dem Titel „Respekt vor Lebensleistung" um die Ecke.

(Julian Barlen, SPD: Da können Sie mal drüber nachdenken selber!)

Rentenbeiträge, meine Damen und Herren, entstehen durch Arbeit und Arbeit braucht Wachstum, Investitionen in Bildung, Digitalisierung, Wirtschaft und Infrastruktur.

(Thomas Krüger, SPD: Genau das tun wir.)

[…] Das von der CDU und SPD mithilfe von Linksextremisten beschlossene Rentenpaket

(Heiterkeit bei Beatrix Hegenkötter, SPD)

ruiniert die Spielräume der kommenden Generationen vollends.

(Julian Barlen, SPD: Sie machen sich lustig über die Rente. Herzlichen Glückwunsch! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

[…] Sie verarschen die nächste Generation, meine Damen und Herren!

(Zurufe vonseiten der Fraktion Die Linke: Na, na, na, na, na! – Jeannine Rösler, Die Linke: Nur auf diesem Niveau, alles klar! – Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Gehen wir raus in unmittelbarer Nähe zum Landtag, müssen Rentner Flaschen sammeln […] Rentner, die gearbeitet haben, die Kinder aufgezogen haben, aber deren Rente sie eben nicht vor Armut schützt.

(Julian Barlen, SPD: Deshalb stimmen Sie auch gegen Tariflöhne. Das passt richtig gut zusammen!)

Unsere Rentner in Mecklenburg-Vorpommern haben immer noch die drittniedrigsten Renten der Bundesrepublik. Was sagen Sie denen denn, Herr Barlen?

[…] dass ihre Altersbezüge im Jahr 2031 um 1,92 Prozent höher ausfallen […] rund 30 Euro im Monat […] Bei einem gleichzeitigen Kaufkraftverlust, […] von circa 150 Euro in fünf Jahren ist das also quasi nichts.

Oder sagen Sie den Rentnern, die jetzt durch die Mütterrente III für jedes vor 1992 geborene Kind rund 20 Euro mehr monatlich bekommen, dass sie trotzdem nicht jeden Tag heizen können […] wegen der erhöhten CO_2-Steuer, die von 55 Euro auf bis zu 65 Euro pro Tonne ansteigt […]

Kommen wir zur jungen Generation. Die […] dürfen […] geradestehen, dass 30 Jahre lang niemand etwas verändert hat. […] wie kann man über die Rente professionell diskutieren, wenn man selber nicht in diese Kasse einzahlt? […] Hier fehlt die Selbstbetroffenheit aller Abgeordneten. Und da haben wir eine ganz klare Position als AfD: Politiker sollen ebenfalls in die Rentenkasse einzahlen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[…] Bleiben wir bei der jungen Generation. Zukünftig sollen nun neben dem Arbeitseinkommen vor allem Kapitalerträge […] Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung sozialversicherungspflichtig sein. […]

Und auch hier die CDU vor der Wahl – Friedrich Merz, seinerzeit noch Oppositionsführer, bezeichnete den Vorschlag laut „Focus online" als Schnapsidee. CDU nach der Wahl – da ist sie voll auf sozialistischem Kurs zusammen mit SPD und Linkspartei.

(Christian Albrecht, Die Linke: Schön wärs!)

Da kann der den Sozialstaat tragende Mittelstand schon mal sagen, Danke für nichts, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Nikolaus Kramer, AfD: Sehr richtig!)

[…] Wir fordern stattdessen eine echte und nachhaltige Rentenreform. Aus unserer Sicht bedarf es einer mehrsäuligen Reform für eine solide Finanzierung […] Dazu müssen die Beitragszahler basiserweitert, das Renteneintrittsalter flexibilisiert, abschlagsfrei nach 45 beitragsberechtigten Arbeitsjahren und nicht durch beitragsgedeckte Leistungen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.
Zur langfristigen Stabilisierung setzen wir auf Wachstums- und Strukturmaßnahmen, Unternehmenssteuersenkungen, Anreize zur Erwerbstätigkeit, Förderung von Ausbildung und frühen Berufseintritt und die Unterstützung der Elternschaft. Die Einwanderung wird auf qualifizierte Arbeitskräfte begrenzt, um die Sozialsysteme insgesamt zu entlasten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[…] Zurück zum Titel der Aktuellen Stunde „Respekt vor Lebensleistungen". Die SPD regierte bis heute im Bund insgesamt 39 Jahre und auch hier in Mecklenburg-Vorpommern […]

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Nicht mehr lange!)

Ihre Renten sind damit wohl gut gesichert, die Renten unserer Bürger wohl kaum. Und den nachfolgenden Generationen haben Sie zusammen mit der CDU einen mächtigen Schuldenvertrag übergeholfen. […] Danke für nichts, meine Damen und Herren! […]

Daniel Peters, CDU

Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen ! Wir haben am vergangenen Freitag endlich die Einigung erzielt und mit Kanzlermehrheit […] das Rentenpaket I beschlossen.

[…] Es gibt für die Rentnerinnen und Rentner finanzielle Sicherheit und Stabilität, sogar Zuwächse […]. Kürzungen sind gesetzlich ausgeschlossen. Das ist ein wichtiger Beschluss, der die Lebensleistung der Menschen anerkennt, die hart gearbeitet und Wohlstand geschaffen haben.

Das Rentenpaket I […] enthält neue Bestandteile: die Aktivrente, die bis zu 2.000 Euro steuerfreies Einkommen ermöglicht, wenn Rentner weiterarbeiten. Das sichert Erfahrung in Unternehmen und Institutionen und unterstützt den Fachkräftebedarf. Leistung und Arbeit sollen sich lohnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Die Betriebsrente für Beschäftigte […] ohne Tarifvertrag wird gestärkt: Arbeitgeberzuschuss steigt, Teilnahme erfolgt automatisch.

Dieses Rentenpaket löst nicht alle Sorgen. Vor allem die Frage der Generationengerechtigkeit und die Finanzierung bleiben zentrale Themen. Herr Barlen, das Hauptproblem der Finanzierung haben Sie kaum thematisiert.

(Julian Barlen, SPD: Habe ich nicht gemacht. – Torsten Renz, CDU: Sie haben nicht einmal über Demografie gesprochen.)

Sie haben mehr oder weniger deutlich gemacht – ich habe mich während Ihrer Rede wirklich gefragt, wozu es eigentlich noch eine Rentenkommission braucht,

(Torsten Renz, CDU: So ist es.)

wenn Sie hier die meiste Zeit Ihrer Rede darauf verwenden, diejenigen, die sich Gedanken über die zukünftige Finanzierung der Rente machen,

(Julian Barlen, SPD: Sie meinen die JU in Mecklenburg-Vorpommern, oder über wen sprechen Sie? – Unruhe bei Torsten Renz, CDU, und Christine Klingohr, SPD)

kritisieren. Nein, das sind diejenigen, die ernsthaft an die Stabilität des Systems denken. Ich hätte mir auch von Ihrer Jugendorganisation gewünscht, dass sie sich daran aktiv beteiligt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Nichts, gar nichts, kein einziges Wort kam aus dieser Gruppe,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

(Julian Barlen, SPD: Das tun sie. Wissen Sie, wie die das machen, zum Beispiel beim Thema Steuergerechtigkeit? Vermögenssteuer. Erbschaftssteuer. Solidarische. Versicherungssysteme Immer die CDU, die da nicht mitmacht.)

Ich finde das schade und bedauerlich, denn wir müssen uns […] fragen, ob die Finanzierung in Zukunft gesichert ist,

[…] Wenn wir uns die Zahlen ansehen: 2024 wurden rund 117 Milliarden Euro bereitgestellt, 25 % des Bundeshaushalts. 2026 werden es 33,3 % sein. Expertinnen warnen vor einem versteinerten Haushalt: 95–97 % gebundene Mittel, wenig Spielraum für Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Digitalisierung. […]

Trotzdem war es richtig, das Rentenpaket I umzusetzen. Die Rente bleibt sicher. Die Sozialdemokratie verweigert sich weitgehend der Frage der Finanzierung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und der Gruppe der FDP)

Eine SPD-Arbeitsministerin ignoriert diese Frage, während Steuermittel vorgeschlagen werden – ohne Rücksicht auf notwendige Investitionen. Das schadet der Debatte und der Wirtschaft.

(Unruhe bei Julian Barlen, SPD, und Torsten Renz, CDU)

Das Rentenpaket II wird über die Rentenkommission vorbereitet. […] Und deswegen, Herr Barlen, vielleicht haben Sie es nicht mitbekommen, aber ich will deutlich sagen,

(Julian Barlen, SPD: Weil Herr Renz dazwischenquatscht, während Sie reden.)

auch Ihre Arbeitsministerin Frau Bas hat deutlich gesagt, sie will über das Eintrittsalter reden, diskutieren.

(René Domke, FDP: Es muss auch sein. Jetzt wird es endlich mal ehrlich. Richtig)

Auch Frau Bas sprach über das Renteneintrittsalter, das vermutlich steigen muss. Es gibt Reformbedarf: Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsfaktors, private Vorsorge, Beteiligung aller künftigen Leistungsempfänger.

(Die Linke: Das sagen Sie mal Söder. Julian Barlen, SPD, und Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Na so was! – Torsten Koplin, Die Linke: Na klar!)

[…] Die Finanzierungsfrage muss zu Ende gedacht werden.

[…] Die Union führt eine Debatte voller Verantwortung für aktuelle und zukünftige Rentnergenerationen. […] Wir handeln verantwortungsvoll für alle Generationen. Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Julian Barlen, SPD: Deshalb kritisieren die Jugendorganisationen auch die Abstimmung.)

Torsten Koplin, Die Linke

Foto: Danny Gohlke

[...] diese Themensetzung entspricht der Überzeugung der Linken: Die Rente muss für ein gutes Leben reichen und den Lebensstandard im Alter sichern. Dafür gibt es drei Punkte, [...].

Zum einen, der erreichte Lebensstandard soll gesichert bleiben und in jedem Fall soll die Rente vor Armut schützen.

Des Weiteren soll die Alterssicherung eine echte Solidargesellschaft und -gemeinschaft darstellen.

Und drittens soll es ein humanes Renteneintrittsalter geben.

Die Abstimmung vom vergangenen Freitag im Bundestag ist angesprochen worden. Die Linke hat sich enthalten. [...] Zum einen gibt es progressive Elemente in dem Rentenpaket, [...]

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Keine eigene Position haben Sie!)

Und [...] das Rentenpaket reicht nicht aus. Für viele sind diese 48 Prozent Rentenniveau zu gering, [...]

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Aber Änderungsanträge haben Sie
doch gar nicht gemacht im Bundestag.)

[...] Die derzeit laufende politische Debatte kann man jedoch nur mit Entgeisterung verfolgen. Und, Herr de Jesus Fernandes, [...] Ihre gesamten Entscheidungen hier im Landtag liefen immer darauf hinaus, Tarifverträge zu verhindern, Lohndumping zu betreiben. Das ist alles ein Widerspruch in sich. [...] Sie reden falsch Zeugnis auch hinsichtlich,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Starke Wirtschaft, starke Löhne, starke
Renten, Herr Koplin, das kriegen Sie nicht in
Einklang, das kriegen Sie nicht zusammen.)

[...] der Einwanderung. Wir hätten nicht mehr dieses Rentenniveau, wenn nicht die Menschen mit Migrationshintergrund sich in diesem Land einbringen würden in die Arbeitswelt. Die sichern unsere Rente!

(Beifall vonseiten der Fraktion Die Linke –
Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Richtig! –
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: So sieht es aus.)

[...] was die gegenwärtige Debatte deutlich macht, die Entsolidarisierung feiert Urständ, Entscheidungen zum Rentensystem werden zum Machtpoker, und die Logik und Vernunft scheinen außer Kraft gesetzt. [...] Eine Rentenkommission soll vor Jahresende gebildet werden, [...]

In Mecklenburg-Vorpommern betrug 1992 durchschnittlich die Rente 414 Euro, [...] heute sind es circa 1.000 Euro mehr, und das für über 230.000 mehr Rentnerinnen und Rentner im Land. Welch großartige Leistung [...].

(Beifall Dagmar Kaselitz, SPD)

Es gilt die gesetzliche Rente zu stärken und auch für jüngere Menschen attraktiver zu machen. Das ist das Gegenteil von dem, was jetzt läuft: die gesetzliche Rente infrage zu stellen, schlechtzureden oder gar auszuhöhlen. Die gesetzliche Rente zu stärken, schafft Vertrauen und führt letztlich zu einer tatsächlichen Anerkennung von Lebensleistung. Ein solidarischer Generationenvertrag ist hierfür eine Grundlage, einer, der nicht nur die beitragszahlenden und rentenbeziehenden Personengruppen in den Blick nimmt, sondern sich auf den Sozialstaat insgesamt und auf die Nachhaltigkeit der Politik überhaupt ausweitet.

Die Linksfraktion in diesem Hause spricht sich als Voraussetzung für die Erhöhung des Rentenniveaus auf 53 Prozent aus. [...] Wir wollen eine Rentenversicherung für alle, auch Beamtinnen und Beamte, Politikerinnen und Politiker, Selbstständige sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Was wir brauchen, ist eine solidarische Erwerbstätigenversicherung. Wir wollen gute Löhne für eine lebensstandardsichernde Rente. Wir wollen die Beitragsbemessungsgrenze anheben. Wer 10.000 Euro im Monat verdient, soll auch für 10.000 Euro Beiträge zahlen. Rentenansprüche über dem Doppelten des Durchschnittsniveaus sollen dabei abgeflacht werden. Wir wollen die gesetzliche Rente stärken statt Versicherungskonzerne pampern.

[...] in dieser Aktuellen Stunde geht es um den Respekt vor Lebensleistung, diesen Respekt haben alle verdient! [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleg*innen, in dieser Aktuellen Stunde sprechen wir über ein Thema, das tiefer geht als jede Haushaltszahl und jede rechtliche Erwägung. Wir sprechen über Lebenswege, über Biografien, über Menschen, die dieses Land aufgebaut haben. Wir sprechen über die Rente – und damit über Existenz, Sicherheit und Würde.

Die SPD feiert heute ihr Rentenpaket. Es ist ein Anfang – ja. Aber ein Anfang reicht nicht aus, wenn Menschen am Ende ihres Lebens nicht wissen, ob sie die nächste Heizkostenrechnung bezahlen können.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Da sind Sie doch dran schuld. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Ein Anfang reicht nicht aus,

(Christine Klingohr, SPD: Aber
ohne Anfang gehts auch nicht.)

wenn die Frage „Kann ich mich auf meine Rente verlassen?" in MV immer öfter mit einem unsicheren Schweigen beantwortet wird.

[…] Nach der Wende haben im Osten 100.000de ihren Job verloren. Ganze Industrien brachen weg. Lebensentwürfe wurden über Nacht zerschlagen. Viele Menschen in unserem Land haben lange Jahre der Arbeitslosigkeit erlebt, obwohl sie arbeiten wollten. Viele haben jede Arbeit angenommen, die sie finden konnten – oft schlecht bezahlt, oft befristet. […] Diese Menschen haben Leistung erbracht.

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Jawoll!)

Sie haben durchgehalten. Sie haben nicht aufgegeben. Doch unser Rentensystem erkennt das bis heute nicht ausreichend an.

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Das stimmt.)

Die Grundrente honoriert Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht – obwohl genau diese Zeiten im Osten nicht Ausdruck von Unwillen waren, sondern Folge politischer und ökonomischer Entscheidungen. Das trifft MV besonders hart. […] Viele haben früh zu arbeiten begonnen, oft mit 15 oder 16 Jahren. Viele haben 45 Jahre und mehr Erwerbsarbeit vorzuweisen. Und trotzdem rutschen sie in die Altersarmut. Trotz jahrzehntelanger Arbeit.

[…] Gerne wird betont, ostdeutsche Rentnerinnen hätten im Schnitt höhere Renten als westdeutsche. […] Doch wer sich mit der Realität in MV befasst, weiß: […] Viele Menschen haben nur die gesetzliche Rente.

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Richtig!)

Keine Betriebsrente. Keine private Vorsorge.

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Richtig!)

[…] Die gesetzliche Rente ist hier häufig die einzige Einnahmequelle – und deshalb muss sie hoch genug sein. […] Im Westen gibt es oft drei Säulen der Altersvorsorge. Im Osten oft nur eine.

[…] Die Realität ist, dass jede*r fünfte von Altersarmut betroffen ist. Dass die Altersarmut in den letzten 20 Jahren stark angestiegen ist. Das ist kein Naturgesetz, das ist das Ergebnis politischer Entscheidungen.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Richtig!)

Das Rentenpaket der Großen Koalition ist zu klein, zu vage, zu wenig ostdeutsch gedacht. Es stabilisiert ein Stückweit – ja. Aber es löst die strukturellen Probleme nicht. Es ändert nichts daran, dass Menschen mit gebrochenen Biografien durchs Raster fallen.

[…] Wir GRÜNE kämpfen für die Menschen, die oft übersehen werden. […] Für Frauen, die 40 oder 45 Jahre gearbeitet haben und im Alter trotzdem Angst vor Armut haben. […] Für Menschen mit Erwerbsbiografien, die nicht linear verlaufen sind.

Wir sagen klar: […] Es braucht eine starke gesetzliche Rente – besonders für den Osten. Wir wollen, dass das Rentenniveau dauerhaft gesichert bleibt. […] Und ja: Eine Garantierente ist notwendig. Armutsfest, klar, unbürokratisch.

Es braucht […] die Anerkennung gebrochener Biografien. […] Diese Lebensläufe sind Teil unserer Geschichte. […] Und sie müssen Teil einer gerechten Rentenpolitik werden.

Respekt vor Lebensleistungen bedeutet: Niemand darf im Alter arm sein. […] Keiner darf durchs Raster fallen, weil die Biografie nicht perfekt ist. […]

Das Rentenpaket der Regierung ist ein erster Schritt – aber wir brauchen mehr. Mehr Mut. Mehr Ehrlichkeit. Mehr Gerechtigkeit. […] Wir GRÜNE stehen für MV. Wir stehen für den Osten. Und wir stehen für eine Rente, die den Menschen wirklich Respekt zollt. Vielen Dank.

René Domke, Gruppe der FDP

Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns hier einig, dass Lebensleistung anzuerkennen ist. […] Die Wahrheit ist aber doch auch, dass der Generationenvertrag schon längst aufgekündigt ist, schon lange.

[…] Hätten diese Menschen ihre Beiträge irgendwo am Kapitalmarkt angelegt, sie hätten heute gar keine Probleme mit ihrer Rente.

(Beifall vonseiten der Gruppe der FDP – Julian Barlen, SPD: Ja, in Bitcoin vielleicht! – Christian Albrecht, Die Linke: Wer soll das denn machen?!)

Was hat man getan?! […]

(Christian Albrecht, Die Linke: Ja, was denn?!)

Man hat sie um diese Rendite aus den Rentenbeiträgen betrogen.

(Julian Barlen, SPD: Es geht uns um sichere Renten, nicht „Renten vielleicht"!)

[…] Machen Sie sich doch einmal ehrlich: Wer angesichts dieser Erkenntnisse jeden dritten Euro aus Steuern in ein Rentensystem hineinzementiert,

(Julian Barlen, SPD: Das ist unehrlich, was Sie hier sagen!)

der verschiebt doch den Kollaps nur, ohne strukturelle Lösungsvorschläge zu bieten.

(Beifall vonseiten der Gruppe der FDP)

[…] Es fehlt dem ganzen Paket der Mut, den Menschen auch ehrlich mal zu sagen, dass es in dieser Form so nicht auf Dauer weitergehen kann.

[…] Die Reform liefert keine Lösungen für die zentralen Ursachen des demografischen Drucks […].

Meine Damen und Herren, was braucht es? Eine Kopplung des Renteneintrittsalters, und da muss man sich endlich mal ehrlich machen, eine Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung. […] Sie zementieren die Belastung der jetzigen und zukünftigen Erwerbstätigen, und das ist unfair. […]

Und dann der wesentliche Punkt, den wir immer vorgetragen haben, die Kapitaldeckung. […] die Rentenbeiträge müssen mehr Rendite abwerfen. […]

Würde ein größerer Teil der Rentenbeiträge am Aktienmarkt angelegt werden,

(Julian Barlen, SPD: Ist doch in Ordnung. Stehen Sie doch dazu! – Glocke der Präsidentin)

dann könnten die Renditen daraus sowohl die Beiträge stabil halten als auch das Rentenniveau sichern. Das ist der Weg der Zukunft.

[…] Sie setzen immer nur auf den Staat, aber Sie zementieren und lösen nichts. […] Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Gruppe der FDP)

Doppelhaushalt 2026/27 beschlossen

Debatte zur Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns

Die Landesregierung hat den Doppelhaushalt 2026/27 vorgelegt. Die geplanten Ausgaben belaufen sich für 2026 auf 12,15 und für 2027 auf 12,12 Milliarden Euro. 2025 lag dieser Wert noch bei 11,31 Milliarden Euro. Die Vorlage eines Haushalts ist im Landtag traditionell mit einer Aussprache über die Arbeit der Landesregierung in den bisherigen Jahren der Legislatur verbunden. Mehrere Stunden dauerte die Debatte. An Ende stimmte die Mehrheit der Koalitionsfraktionen für das umfangreiche Werk. Damit ist der Grundstein für die Landesfinanzen bis Ende 2027 gelegt.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) zog zu Beginn der Debatte eine positive Bilanz der Entwicklung des Bundeslandes seit 1990. „Wirtschaftlich haben wir mit einem Bruttoinlandsprodukt von 42,2 Prozent des Bundesdurchschnitts angefangen. Heute stehen wir bei 86,6 Prozent." Gegen den Bundestrend sei die MV-Wirtschaft auch in den Jahren 2023 und 2024 gewachsen. In den Jahren seit der politischen Wende sei die Zahl der touristischen Übernachtungen um mehr als das Dreifache auf rund 33 Millionen gewachsen. „Seit 2013 ziehen mehr Menschen nach MV als das Land verlassen." Schwesig zählte Herausforderungen für die Bürgerinnen und Bürger in MV auf: So könnten die Zuzüge die Entwicklungen des demographischen Wandels ebenso wenig ausgleichen wie die massiven Wegzüge der Nullerjahre. Weniger Menschen bedeuteten weniger Fachkräfte, weniger Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Jeder spüre die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Preise für Lebensmittel hätten sich seit 1995 verdoppelt. Unternehmerinnen und Unternehmer klagten über hohe Energiepreise und sinkende Kaufkraft, internationale Krisen tragen zur Verunsicherung und Verteuerung bei und die Sozialausgaben seien gestiegen. „In den nächsten Jahren müssen wir weiter sparen und gleichzeitig investieren", kündigte Schwesig an. MV solle weiter an Wirtschaftskraft gewinnen. Für sie sind Wirtschaft und Arbeit die Schlüsselbereiche der Zukunft. 2026 würden die Netzentgelte und damit die Strompreise sinken. Die Pendlerpauschale werde angehoben und die Landwirtschaft bekomme ab Januar wieder die volle Entlastung beim Agrardiesel. Damit werde Spielraum für Wachstum, Investitionen sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen geschaffen. Ferner plane die Landesregierung mit einer hohen Investitionsquote von 1,7 Milliarden Euro im Jahr 2026 und 1,6 Milliarden im Jahr 2027. Beim Schwerpunkt Bildung kündigte Schwesig an, mehr Lehrkräfte ausbilden und einstellen zu wollen. Es sei ihr Anspruch, dass jedes Kind einen Schulabschluss erhält und eine Ausbildung beziehungsweise ein Studium bekommt. Mit insgesamt 600 Millionen Euro solle ein Drittel der Mittel, die dem Land über das Sondervermögen des Bundes zufließen, in den Schulbau und die Digitalisierung der Schulen investiert werden. Als dritten Schwerpunkt nannte Schwesig die Unterstützung der Kommunen, die für den konkreten Lebensalltag der Menschen wichtig seien. Aus dem Sondervermögen Infrastruktur des Bundes würden 100 Milliarden Euro direkt an die Länder und Kommunen gehen, fast zwei Milliarden Euro für MV. Davon bekomme die kommunale Ebene 1,2 Milliarden Euro. „Das kann eine spürbare Entlastung der kommunalen Haushalte und des kommunalen Investitionsbedarfs sein."

Der Haushaltsentwurf werfe nicht nur Fragen auf, sondern lege auch Schwächen offen, erklärte der Fraktionsvorsitzende der AfD, **Nikolaus Kramer**. Ein schrillender Feueralarm müsse durch das Parlament hallen. „Denn was uns hier vorgelegt wird, ist nichts weniger als ein finanzpolitisches Risikoexperiment ohne Notausgang." Die Landesregierung würde überwiegend politisch ideologische Wunschräume finanzieren. Bereits zu Beginn offenbare sich das Kernproblem des Haushalts. „Ab dem Jahr 2028 klafft ein riesiges strukturelles Loch von rund einer Milliarde Euro pro Jahr", sagte Kramer. Eine Zahl, die sich nicht wegdiskutieren lasse. „Das ist ein finanzpolitischer Abgrund, der sich mitten in das Fundament unseres Landes frisst." Das Erschreckende daran sei, dass es keinen Plan gebe, wie dieser Absturz verhindert werden soll. Zu hören sei stattdessen nur ewiges Selbstlob, ständige Durchhalteparolen und ein unbeirrbarer Glaube daran, dass sich die selbstgemachten Probleme mit immer neuen Schulden und einem irgendwann einsetzenden Wachstum von selbst lösen werden. Kramer verwies auf den Stabilitätsbericht 2025 des Landesfinanzministeriums, in dem eine wirtschaftliche Ausgangslage in Deutschland beschrieben werde, die alles andere als beruhigend sei. Eine stagnierende Wirtschaft, ein sinkendes Bruttoinlandsprodukt für 2024, eine Wachstumsprognose von 0,0 Prozent für 2025, hohe Energiepreise, demografischer Druck und wachsende Unsicherheiten durch

die Bundes- und Weltpolitik. Dennoch präsentiere die Landesregierung einen Haushalt, der so tut, als lebe die Gesellschaft in wirtschaftlichen Rekordjahren. „Das sind weitere deutliche Zeichen von ideologischer Verblendung und politischer Realitätsverweigerung." Kramer bezeichnete den Haushaltsentwurf als gefährliche Zeitbombe. Denn auch die Zinsentwicklung sei ein deutliches Alarmzeichen. „Bis 2030 steigen die Zinsausgaben jährlich um etwa 100 Millionen Euro." Das seien Mittel, die nicht in Schulen, Krankenhäuser oder Infrastruktur fließen. „Zinsen sind keine Investitionen." Der Haushalt sei eine Bankrotterklärung. Kramer verwies auf Einsparpotenziale, die allerdings nicht bei der Bevölkerung, Polizei, inneren Sicherheit, Schulen oder Infrastruktur lägen. Verzichtbar wären seiner Meinung nach Wasserstoffexperimente, grüne Gewerbegebiete oder eine ausufernde Personalpolitik, wo insgesamt mehr als 150 Millionen Euro eingespart werden könnten. Auch im Bereich der Migration, dem „größten unkontrollierten Kostenwahnsinn", wären weit über 170 Millionen Euro einsparbar.

„Wir steuern mit einer Haushaltslücke von über eine Milliarde Euro jährlich auf eine gefährliche Situation zu", konstatierte auch der CDU-Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters**. Nun würden die in den vergangenen Jahren angelegten Rücklagen aufgezehrt. „Uns fehlt der Impuls, etwas dagegen zu setzen. Das ist leider nicht die Sprache des Haushaltsplanentwurfes." Man könne nicht daraufsetzen, dass bundespolitisch geprägtes wirtschaftliches Wachstum die gesamten Haushaltsprobleme von MV lösen wird. „Zudem werden kreditfinanzierte Mittel eben nicht nur komplett für Investitionen und für die Zukunftsfähigkeit genutzt, sondern eben auch zur Deckung laufender Kosten, was die Lage weiter verschärft", kritisierte Peters. MV lebe über seine Verhältnisse ohne tragfähigen Plan für eine Konsolidierung oder Wachstum. „Das macht die finanzielle Schieflage absehbar", sagte Peters. Zudem sehe er keine landespolitischen Impulse für ein wirtschaftliches Wachstum. Er warf der Landesregierung vor, den Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2021 abzuarbeiten, obwohl dieser überholt sei. Damals hätten ganz andere globale, europapolitische und nationale Rahmenbedingungen vorgeherrscht. Peters nahm auch die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Bärbel Bas (SPD), ins Visier. Es passe nicht zusammen, in einem Bundesland beim Landeshaushalt auf wirtschaftliches Wachstum zu setzen, wenn auf Bundesebene die gleiche Partei massiv den Kampf gegen die Wirtschaft ausruft. „Da hätte ich mir wirklich den Widerspruch unserer Ministerpräsidentin gewünscht, aber der ist leider ausgeblieben." Für ein gesichertes Wirtschaftswachstum werde eine echte Investitionsoffensive in Infrastruktur, Digitalisierung und die Energie der Zukunft benötigt, erklärte der CDU-Politiker. Dann könnten auch private Investoren nachziehen. „Wir brauchen auch verlässliche und gezielte Investitionsanreize für Unternehmen. Instrumente, die Innovation nachweislich unterstützen, etwa erhöhte Abschreibung, Forschung und Entwicklungsgutschriften sowie steuerliche Vorteile für digitalisierungswirksame Investitionen." Zusätzlich werde ein schlanker Staat mit schnellen Genehmigungen auf der Landes- und der kommunalen Ebene benötigt. Peters forderte einen Kommunalgipfel zusammen mit Land und Bund, um einen gemeinsamen Pakt für Bürokratieabbau und für beschleunigte Genehmigungsverfahren zu unterstützen. Für wirtschaftliches Wachstum müsse die digitale Transformation für kleine und mittelständische Unternehmen vorangetrieben und ein Risikokapitalfonds für wirtschaftsnahe Forschung, Entwicklung und Innovation eingerichtet werden, sagte Peters. Ein Forschungsschwerpunkt für die künstliche Intelligenz werde benötigt.

„Der heute zu beschließende Doppelhaushalt macht eines deutlich: Diese Koalition steht für Verlässlichkeit", erklärte die Fraktionsvorsitzende der Linken, **Jeannine Rösler**. Solide Haushaltspolitik heiße konsolidieren und gestalten. Gleichzeitig würden Einsparungen vorgenommen, der Schuldenstand über die Legislaturperiode hinweg reduziert. Mit rund 1,7 Milliarden Euro pro Jahr würden die Investitionen überdurchschnittlich hochgehalten und sorgten so für wirtschaftliche Impulse. „Und dieser Haushalt sorgt für Stabilität. Stabilität für Kommunen, für Wirtschaft, für Verbände, für Einrichtungen und für alle Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes", sagte Rösler. Sie hob besonders die im Haushalt festgeschriebenen Leistungen für die Kommunen hervor: „MV hat weiter die höchsten Pro-Kopf-Zuweisungen im Ländervergleich." Gleichzeitig stünden viele kommunale Haushalte wegen der konjunkturellen Entwicklung, der Ergebnisse des Zensus und der stark steigenden Ausgaben bei pflichtigen Aufgaben unter großem Druck. Land und Kommunen hätten gemeinsam Lösungen gefunden, um Belastungen abzufedern und echte Entlastungen zu schaffen. „Dazu trägt ein höherer Anteil von Mitteln aus dem Sondervermögen des Bundes bei, der direkt den Kommunen zugutekommt. Das sind Investitionen in Schulen, Verkehrsinfrastruktur, öffentlichen Nahverkehr, Energieinfrastruktur, aber auch in Sportanlagen, Kultureinrichtungen und Zoos." Mit dem Haushalt werde nicht nur in Infrastruktur, sondern auch in Zusammenhalt investiert. Er stärke demokratisches Engagement und präventive Strukturen. „So fördern wir Kinder und Jugendbeteiligung mit über 1,1 Millionen Euro zusätzlich. Wir stärken die Arbeit des

Landesfrauenrates und wir sichern die Antidiskriminierungsberatung trotz unklarer Signale des Bundes", erklärte Rösler. Auch die Integrationsförderung, die Migrationsberatung oder die politische Bildung würden weiter gefördert. „Das ist gelebte Prävention", betonte die Linken-Politikerin. Gleichzeitig werde mit jeweils mehr als zwei Milliarden Euro in den Jahren 2026/27 so viel wie noch nie in Bildung investiert. „Gemeinsam mit der SPD haben wir dort nachgeschärft, wo bereits wichtige Schritte gegangen wurden", sagte Rösler. Ein Beispiel dafür sei die Sprachbildung. So seien die Mittel für die Fachstelle Mehrsprachigkeit verstetigt worden. Grundlage der Arbeit seien wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen. Kinder dürften nicht für ihre Herkunftssprache stigmatisiert werden. Gute Deutschkenntnisse seien unverzichtbar, zugleich fördere Mehrsprachigkeit den Kompetenzerwerb.

Die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Constanze Oehlrich**, kritisierte den Haushaltsentwurf der Landesregierung. Selten habe es so viel Potenzial gegeben, dank der Aufnahme von regulären Krediten in Strukturwandelprozesse, in die Eindämmung des Klimawandels, die Integration von geflüchteten Menschen und die Stärkung des Bevölkerungsschutzes einzugreifen. „So viele Chancen, das Land in Richtung Zukunft auszurichten, gab es seit langem nicht mehr", sagte Oehlrich. „Doch von all dem ist in dem Haushaltsplan wenig zu sehen." Die zusätzlichen Mittel würden nicht für einen effektiveren Klimaschutz, die Umstellung auf eine CO2-neutrale Wirtschaft oder die Integration von geflüchteten Menschen ausgegeben. „Nein, es findet sich in erster Linie die Fortführung von bereits bestehenden Programmen, nur eben jetzt mit anderer Finanzierungsquelle." So seien das Schulbauprogramm oder mehr Mittel für Feuerwehren und Löschteiche zwar wichtig und notwendig. „Aber das sind Kernaufgaben des Landes, keine Sonderaufgaben, die über Kredite finanziert werden sollten", betonte Oehlrich. Das Gleiche gelte für die Digitalisierung der Landesverwaltung. „Gab es hier in der Vergangenheit deutliche Kritik, weil diese aus dem Corona-Sondervermögen finanziert wurde, so folgt mit der jetzt vorgeschlagenen Finanzierung aus dem Sondervermögen des Bundes die nächste fragwürdige Entscheidung." MV leidet nach Worten Oehlrichs stärker als andere Bundesländer an den Folgen des Zensus 2020. Deutlich weniger Einwohner und Einwohnerinnen als gedacht heiße auch deutlich weniger Geld vom Bund. „Aber anstatt darauf zu reagieren und endlich zu erkennen, dass wir ohne eine nennenswerte Zuwanderung dieses Land bald dicht machen können, kürzt dieser Haushaltsentwurf bei fast allem, was irgendwie mit Integration oder Zuwanderung in Verbindung gebracht werden kann", kritisierte sie. Weitblick und eine Idee für die Zukunft von MV suche man vergebens. Das gelte auch für die Bekämpfung der Klimakrise, die voranschreite. Doch die Landesregierung trete auf die Bremse und verschiebe das eigene Ziel der Klimaneutralität bis 2040 um fünf Jahre. „Ein Drittel mehr Zeit wollen Sie sich lassen. Zeit, die wir nicht haben", sagte die Grünen-Politikerin der Landesregierung. Sie erinnerte Schwesig an ihr Versprechen vom Beginn der Legislaturperiode, ein Klimaschutzgesetz vorzulegen. „Geblieben ist von den großen Ankündigungen nicht einmal mehr der Name. Als Tiger gesprungen, als Bettvorleger gelandet. Wohl selten passt ein Sprichwort so wie hier auf Ihre klimapolitischen Ambitionen."

„Dieser Doppelhaushalt 2026/27 ist ein Haushalt der Verantwortung, der Stabilität und der Zukunftsinvestition", erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen**. Er kritisierte die AfD, die seiner Meinung nach Kürzungen beziehungsweise Streichungen beim Seniorenticket, Vorpommern- und Bürgerfond, Klima- und Moorschutzprojekten, Landesfrauenrat und – jugendring, Demokratieprojekten, Gewaltprävention oder Rufbus durchsetzen wolle. „Da kann ich nur sagen: Ein Glück, dass all diese Anträge abgelehnt wurden. So etwas machen wir nicht mit", betonte Barlen. In Zeiten einer konjunkturellen Krise werde der volle Fokus auf Aufschwung, Beschäftigung und Sicherung des sozialen Friedens gerichtet. Mit durchschnittlich 14,5 Prozent habe MV in diesem Doppelhaushalt mit 1,7 beziehungsweise 1,6 Milliarden Euro eine der höchsten Investitionsquoten in Deutschland. „In einer krisenhaften Zeit braucht es vor allem eines: Investitionsimpulse und keine Sparverschärfung der Lage." Dies zeige sich darin, dass in die Zukunftsbereiche gute Bildung, soziale Sicherheit, starke Wirtschaft, funktionierende Mobilität und verlässliche innere Sicherheit investiert werde. „Wir sichern mit über 1,7 Milliarden Euro jährlich die soziale Infrastruktur in der Gesundheit, in Pflege, Sport und Ehrenamt", sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende. 1,2 Milliarden Euro gingen in Wirtschaft, Verkehr und Tourismus. Die Zukunftsfähigkeit von MV werde mit dem Aufbau einer modernen Wasserstoffwirtschaft gestärkt. Es werde weiter in Polizeistationen, neue Hubschrauber oder Sicherheitstechnik investiert, zählte Barlen auf. Wissenschaft, Kunst und Kultur würden mit mehr als 800 Millionen Euro pro Jahr gefördert. „Auch unter schwierigen Bedingungen sorgen wir dafür, dass es Wachstum geben kann und wir sichern gleichzeitig den sozialen Frieden in MV." Dies sei nur möglich, weil MV in den vergangenen Jahren solide gewirtschaftet und Rücklagen aufgebaut habe, die nun genutzt werden können, sagte Barlen. In dieser Legislatur seien Schulden abgebaut worden. Die MV-Wirtschaft wachse durch diese Herangehensweise leicht, aber stetig, während sie in anderen Ländern schrumpft. Das Sondervermö-

gen des Bundes biete MV entscheidende Spielräume. Das Land werde daraus in den nächsten Jahren 1,92 Milliarden Euro erhalten, davon würden mehr als 62 Prozent den Kommunen direkt zur Verfügung gestellt.

René Domke (Gruppe der FDP) griff die Landesregierung scharf an, da nach seinen Worten kein Änderungsantrag der Opposition Beachtung gefunden hätte. „Sie dokumentieren, dass sie einen Anspruch haben, den sie gar nicht erfüllen können: Einen Anspruch auf Unfehlbarkeit, der der Demokratie nachhaltig schadet." Gleichzeitig sei der Haushaltsentwurf Ausdruck einer in Zahlen gegossenen Realitätsverweigerung. Der Landesregierung fehle der Mut, sich dem Reformstau zu stellen und die notwendigen Schritte beherzt anzugehen. Möglicherweise solle das Signal zum Sparen gesendet werden, aber dann traue sich die Landesregierung kurz vor der Landtagswahl nicht zu sagen, wo und ducke sich deshalb weg. Das seien keine mutigen Signale einer Landesregierung an die Zukunft des Landes. „Und mal Hand aufs Herz: Würden Sie in einem Bundesland investieren, das so tickt?" Die Verweigerung der Modernisierung werde auf Kosten der Akzeptanz von Demokratie geführt, nicht nur im Land, sondern auch im Bund. Das habe dazu geführt, dass eine ständig wachsende Mehrheit in der Bevölkerung ihr Vertrauen in die staatlichen Institutionen längst verloren hat, sagte Domke. Der Haushaltsentwurf 2026/27 atme nicht den Geist der Reform und Modernisierung. „Das Regierungshandeln fängt doch da an, wo es um das eigenverantwortliche Handeln geht und Sie können doch die Rechnung nicht immer nur in die Zukunft schieben", warf der FDP-Politiker der Landesregierung vor. Der dramatische Anstieg der Zinskosten werde die öffentlichen Haushalte hart treffen und die finanziellen Spielräume entziehen. „Die volle Ausschöpfung der neuen Verschuldungsmöglichkeiten ist doch nur eine unseriöse Wette auf höhere Wachstumsimpulse. Was ist, wenn die nicht kommen? Was machen sie dann?", fragte Domke. Denn der Haushaltsentwurf liefere überhaupt nicht die Stimmung für Wachstum. Wachstum würden nicht bei der Polizei oder in Schulgebäuden generiert. „Die hätten sie im Kernhaushalt sanieren oder bauen müssen und nicht aus diesem Sonderschuldentopf." Nach Domkes Ansicht herrscht in der Landesregierung ein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber jeder Form von Eigenverantwortung und Entfaltung, egal ob im unternehmerischen Bereich oder in anderen gesellschaftlichen Bereichen. „Man möchte rufen, geben Sie den Bürgern endlich den Staat zurück, den sie brauchen und nicht etwas, was Ihrer Fantasie entspringt, was Sie noch Gutes tun könnten, was aber am Ende nicht dauerhaft finanzierbar ist."

Der Entwurf zum Doppelhaushalt 2026/27 wurde mehrheitlich angenommen.

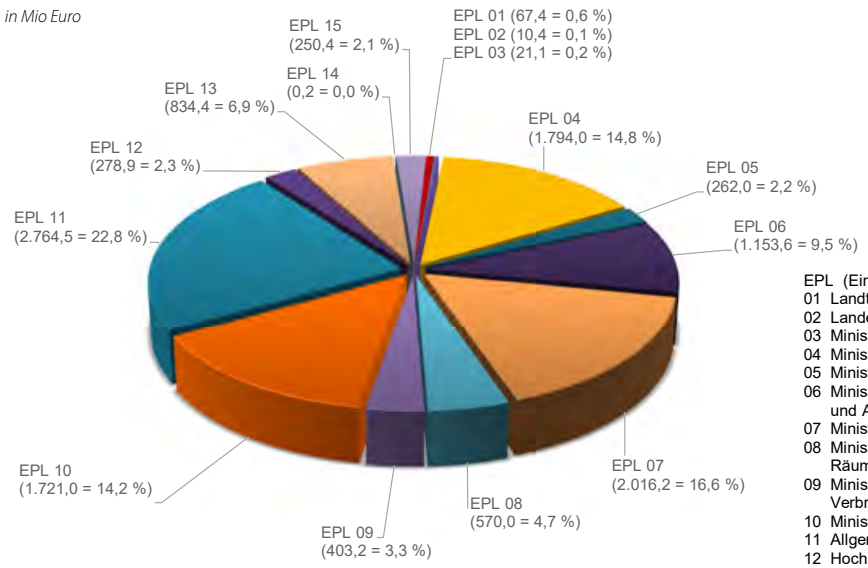
Beispiele für Änderungsanträge

Für den Haushaltsentwurf der Landesregierung gingen mehr als 600 Änderungsanträge der Fraktionen ein. Die LandtagsNachrichten dokumentieren hier eine Auswahl:

Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke	Antrag der AfD-Fraktion	Antrag der CDU-Fraktion	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Antrag der Gruppe der FDP
Einzelplan 13 - Bildungsministerium	***Einzelplan 03 - Staatskanzlei***	***Einzelplan 04 - Innenministerium***	***Einzelplan 08 - Umweltministerium***	***Einzelplan 05 – Finanzministerium***
Erhöhung des Zuschusses für das Projekt „Inklusive Bildung in MV" an der Hochschule Neubrandenburg um 343.400 Euro im Jahr 2026. Mit dem Geld soll die dritte und abschließende Erprobungs- und Evaluationsphase des Projekts finanziert werden.	Minderung der Bezüge von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) um jeweils 20.000 Euro auf 207.500 im Jahr 2026 beziehungsweise 213.000 Euro im Jahr 2027.	Erhöhung der Personalkosten für zusätzliche Polizistinnen und Polizisten um 3,4 Millionen Euro im Jahr 2026 auf 299,8 Euro beziehungsweise 6,8 Millionen Euro im Jahr 2027 auf 303,2 Millionen Euro wegen stark steigender Fallzahlen im Bereich Internet- und Cyberkriminalität und Kinderpornografie.	Schaffung einer A12-Stelle (Recht/Grundsatz/Koordination) zur weiteren Umsetzung der Energiewende zum Abbau des erheblicher Antragsstaus bei den Genehmigungen für Windenergieanlagen. Eine A-12-Stelle kostet im Jahr etwa 66.000 Euro.	Senkung von Bezügen und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten um 1,6 Millionen und um 2,1 Millionen auf jeweils 16,7 Millionen Euro. Damit soll die Zahl der planmäßigen Stellen auf dem Niveau von 2024 begrenzt werden.
Antrag angenommen	***Antrag abgelehnt***	***Antrag abgelehnt***	***Antrag abgelehnt***	***Antrag abgelehnt***

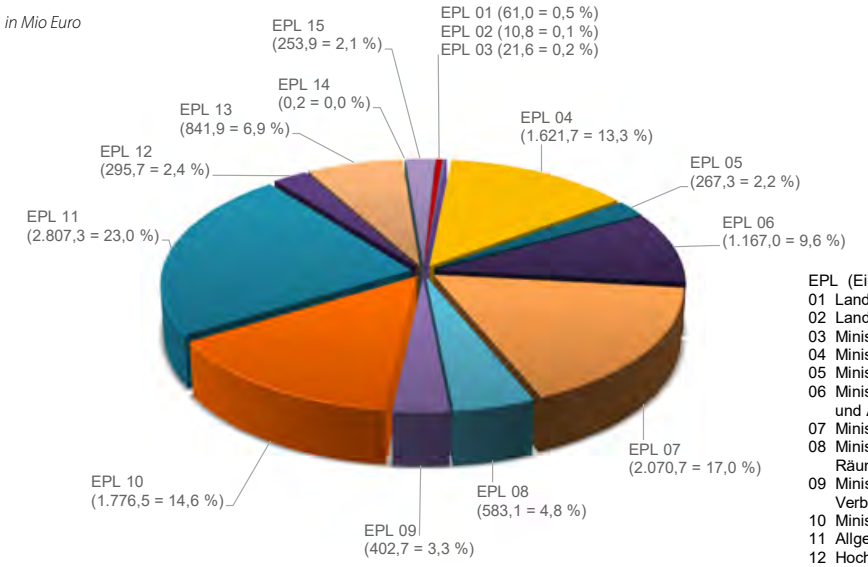
(Quelle: Landtag MV)

Haushaltsplan 2026 (Ausgaben nach Einzelplänen)



EPL (Einzelplan)
01 Landtag
02 Landesrechnungshof
03 Ministerpräsidentin - Staatskanzlei -
04 Ministerium für Inneres und Bau
05 Ministerium für Finanzen und Digitalisierung
06 Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit
07 Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung
08 Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt
09 Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz
10 Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport
11 Allgemeine Finanzverwaltung
12 Hochbaumaßnahmen des Landes
13 Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten
14 Landesverfassungsgericht
15 Digitalisierung der Landesverwaltung

Haushaltsplan 2027 (Ausgaben nach Einzelplänen)



EPL (Einzelplan)
01 Landtag
02 Landesrechnungshof
03 Ministerpräsidentin - Staatskanzlei -
04 Ministerium für Inneres und Bau
05 Ministerium für Finanzen und Digitalisierung
06 Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit
07 Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung
08 Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt
09 Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz
10 Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport
11 Allgemeine Finanzverwaltung
12 Hochbaumaßnahmen des Landes
13 Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten
14 Landesverfassungsgericht
15 Digitalisierung der Landesverwaltung

Quelle: Ministerium für Finanzen und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern

SPD und Die Linke: Maritime Wirtschaft stärken

Forderung nach 500 Millionen Euro vom Bund

Die maritime Wirtschaft gehört zu MV. In diesem Punkt waren sich alle Fraktionen im Landtag einig. Deshalb müsse dieser wichtige Teil der Wirtschaft auch gestärkt und mit viel Geld vom Bund unterstützt werden. Doch der weltweite Wettbewerb um die Seewege und die Auslastung der Häfen ist hart.

Trotz globaler Krisen erweist sich nach Worten von **Christian Winter** (SPD) die maritime Wirtschaft in MV als sehr robust. „Umsätze und Wertschöpfung der Branche sind seit 2019 um knapp fünf Prozent gestiegen." Treiber des Wachstums sei in erster Linie die hafenabhängige Industrie, aber auch die Teilbereiche Marine, Offshore-Wind sowie die Forschung und Lehre. Insbesondere die Häfen hätten sich als Scharnier für die Energiewende erwiesen. Winter berichtete von einer Vielzahl von Unternehmen, die in den Häfen tätig seien und gleichzeitig große Investitionen vorbereiteten. „Das alles ist aber kein Selbstläufer, denn damit unsere maritime Wirtschaft weiterhin im internationalen Wettbewerb, insbesondere gegen Asien, bestehen kann, brauchen wir Investitionen", betonte Winter. Im vergangenen Jahr habe die Berliner Ampelregierung zwar eine nationale Hafenstrategie veröffentlicht, allerdings sei diese nur mit 38 Millionen Euro jährlich unterlegt. „Das reicht nicht." Der Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe habe dafür einen jährlichen Investitionsbedarf von einer halben Milliarde Euro berechnet. Die Regierungsfraktionen forderten deshalb von 2026 an die deutliche Erhöhung der Bundesmittel für die allgemeine Seehafenfinanzierung auf mindestens 500 Millionen Euro jährlich. Zudem sollten die Seehäfen als Infrastruktur von nationalem Interesse für die Energiewende anerkannt werden.

„Die maritime Industrie ist und bleibt ein industrieller Kern von MV. Sie ist ein großer Teil der DNA von MV", erklärte Wirtschaftsminister **Dr. Wolfgang Blank** (parteilos). Schiffs- und Bootsbau sowie Zulieferstrukturen prägten seit Jahrzehnten Wertschöpfung, Beschäftigung und Technologieentwicklung. Der Minister hob beispielsweise die Bedeutung der Rostocker Hafenwirtschaft hervor: 20.000 Arbeitsplätze, ein Steueraufkommen von 366 Millionen Euro im Jahr 2019 und eine Wertschöpfung von 1,6 Milliarden Euro. „Nur mit bedarfsgerechten Investitionen sind unsere Häfen weiterhin wettbewerbsfähig", sagte Blank. 90 Prozent des globalen Handels würden in Zukunft über Seewege abgewickelt. Für die nötigen Investitionen stünden aktuell zwei Fördertöpfe zur Verfügung. Diese seien die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) und die Bundesfinanzhilfen. Doch diese Fördermittel seien mit 38 Millionen Euro viel zu gering. „Wir werden uns im Rahmen unserer Möglichkeiten mit Nachdruck bei der Bundesregierung für die deutliche Erhöhung der Gelder für die Häfen stark machen im Verbund der Bundesländer", betonte Blank.

„Wenn wir all die unnützen Anträge, die Rückenwindanträge der Regierungskoalition, zu Papierschiffchen formen würden, dann hätten wir in MV die größte Flotte Europas", erklärte **Enrico Schult** (AfD). Man könnte glauben, dass die maritime Wirtschaft von MV bereits mit Rückenwind in Richtung goldener Zukunft segelt. „Aber so ist es eben nicht." Es sei unbestreitbar, dass die maritime Wirtschaft wichtig für Häfen, Schiffbau, Offshore- Windindustrie und Verteidigung ist. Aber der aktuelle Wandel an den Werften sei hauptsächlich durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin eingeleitet worden. Dessen Angriffskrieg habe dazu geführt, dass in Wismar und Rostock der militärisch-industrielle Komplex angesiedelt wurde und nun mit Steuermitteln des Bundes finanziert werde, sagte Schult. Der AfD-Politiker kritisierte, dass die Regierungspolitik für die maritime Wirtschaft aus ganz viel Hoffnung bestehe. „Es ist keine Strategie dahinter und das werfen wir Ihnen vor." Er forderte eine „ehrliche, langfristige Infrastrukturfinanzierung". Die Landesregierung müsse einfach ihren Job machen und jetzt das Geld für die Häfen aus dem Berliner Schuldentopf mit Sachverständigen und Akteuren vor Ort einplanen.

„Deutsche See- und Binnenhäfen sind unverzichtbare Umschlagszentren für Exporte und Importe", erklärte auch der CDU-Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters**. Zur Ertüchtigung der Häfen müssten enorme Investitionen getätigt werden.„Dafür braucht es Geld. Die Küstenländer alleine sind kaum in der Lage, diese enormen Investitionssummen zu stemmen." Der Bund habe dafür klare Zusagen getroffen. Es gebe allerdings verfassungsrechtliche Probleme, sagte Peters. Eine bloße Erhöhung der bisherigen Finanzhilfen zur Ertüchtigung der Hafeninfrastruktur beziehungsweise des Einsatzes von Bundesmitteln sei nicht ohne weiteres möglich und dies blende die Koalition aus. Mit dem Änderungsantrag seiner Fraktion solle eine tragfähige Finanzierungsgrundlage mitgedacht werden. Ansonsten sei der Antrag der Regierungsfraktionen lediglich ein Appell an die Bundesregierung. Dabei müsse auch bedacht

werden, dass die Küstenländer beim Erhalt und Ausbau der Hafeninfrastruktur nicht alleine gelassen werden dürfen. Es müsse den Bundesländern im Süden deutlich gemacht werden, dass die Häfen auch für deren Wirtschaftsstruktur unverzichtbar sind.

Die Häfen müssen nach Ansicht von **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) künftig einen Dreiklang leisten. „Sie sind Import- und Exportstrukturen für Energieträger, Produktionsstandorte neuer Energien und Ausgangspunkte effizienter energiesparender Transportwege. Ohne leistungsfähige maritime Infrastruktur bleibt jede große Zukunftsvision hohl", betonte Wegner. Sie kritisierte die Landesregierung, weil diese ihrer Meinung nach nicht mutig genug nach vorn denkt. Als Beispiel nannte sie das Schiffsrecycling in Stralsund, das ein innovatives Leuchtturmprojekt hätte werden können. „Ökologisch sinnvoll, wirtschaftlich zukunftsfähig, international wettbewerbsstark." Doch die erforderlichen Genehmigungen fehlten trotz wiederholter Appelle seit Monaten. „So wird aus einem Zukunftsprojekt ein Symbol für verlorene Zeit." Auch die Rostocker Neptun Werft könnte mit der Entwicklung und dem Bau von Konverter-Plattformen einen Meilenstein der Energie und Zeitenwende setzen. Doch erneut verzögerten sich die Prozesse. „Ein bisschen Druck aus dem Land, um die Vergabeprozesse zu beschleunigen, könnte nicht schaden", erklärte Wegner.

Dr. Daniel Trepsdorf warf den Blick auf den globalen Markt. Angesichts der staatlichen Subventionierung der chinesischen maritimen Wirtschaft führe kein Weg an einer Unterstützung der heimischen Häfen und maritimen Industrie durch den Bund und die Europäische Union vorbei. So stelle der globale Marktführer China State Shipbuilding Corporation, der gerade erst mit der Shipbuilding Industry Corporate in China fusioniert hat, knapp 22 Prozent der Werftkapazitäten und werde massiv von Peking subventioniert. So sei es nur folgerichtig, dass dies in die maritime Bewirtschaftungsstrategie in MV Einzug hält. Trepsdorf gestand ein, dass es seine Partei lieber gesehen hätte, wenn mehr zivile Schiffbauprojekte in MV gebaut werden. Derzeit gebe es nur Verträge für die „Polarstern 2" in Wismar, das Fischereiforschungsschiff „Walther Herwig" in Stralsund beziehungsweise den Bau von Flusskreuzfahrtschiffen in Rostock. „Wir hätten sehr gerne gesehen, wenn TKMS beispielsweise auch sein Know-how in Sachen Bau von Munitionsplattformen in konkrete Vorhaben umgesetzt hätte." In der Ostsee liege genug Weltkriegsmunition herum und da wäre es gut, wenn diese endlich in industriellem Maßstab geborgen würde. „Aber das Leben ist bekanntlich kein Wunschkonzert."

René Domke (Gruppe der FDP) kritisierte das nach seinen Worten zu geringe Tempo der Landesregierung, als es um den Erhalt der Werft in Wismar ging. Wegen dieser Hängepartie nach der Insolvenz des früheren Werftenbetreibers Genting hätten sehr viele Fachkräfte die Region verlassen. „Das ist etwas, was einfach zur Wahrheit gehört. Da wurde eben doch nicht schnell genug gehandelt." Gleichzeitig hätte die Rettung der Werftenstandorte in Rostock mit dem Marinearsenal und in Wismar mit TKMS etwas mit der veränderten Sicherheitslage zu tun und sei weniger ein Beitrag der Landesregierung gewesen. „Das darf man auch mal aussprechen." Am Ende fehle angesichts der chinesischen Dominanz in der maritimen Wirtschaft eine europäische Strategie, sagte Domke. „Was machen wir uns da eigentlich vor?" Der Löwenanteil der Seewege werde durch China kontrolliert. China habe neben den 1.300 Seehäfen selbst die Kontrolle über 100 Seehäfen in 67 Staaten. „Und da reden wir über MV, wo die Pfahlbohr-Muschel gerade die Kaikante in Wismar auffrisst." Die im Antrag der Regierungsfraktionen geforderten 500 Millionen Euro reichten doch lange nicht mehr. „Machen Sie sich doch nichts vor. Das ist verschlafen und verpennt worden."

Der Antrag der Regierungsfraktionen wurde bei Zustimmung der Fraktionen von SPD, die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU sowie Enthaltung der AfD, Gruppe der FDP und der fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

mgl

Antrag von SPD und Die Linke
Drucksache 8/5685 –

Hintergrund

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich gemeinsam mit den norddeutschen Ländern beim Bund für eine deutliche Erhöhung der Seehafenfinanzierung ab 2026 auf mindestens 500 Millionen Euro jährlich einzusetzen. Zudem sollen die Seehäfen ausdrücklich als Infrastruktur von nationalem Interesse für die Durchführung der Energiewende anerkannt und die im Rahmen der Nationalen Hafenstrategie angekündigten zusätzlichen Hafenmittel langfristig und verlässlich über mindestens zehn Jahre ausgestaltet werden.

Die allgemeine Seehafenfinanzierung des Bundes ist seit 2005 mit 38 Millionen Euro jährlich für alle Küstenländer unverändert geblieben. Aus Sicht des Landes reicht dies nicht aus, um die erforderlichen Investitionen in moderne, leistungsfähige und wettbewerbsfähige Hafeninfrastruktur zu tätigen.

Die Antragsteller verweisen auf die nationale Bedeutung der Seehäfen als Drehscheiben des internationalen Warenverkehrs, als Energieknotenpunkte und als verteidigungsrelevante Infrastruktur. Um diese Funktionen dauerhaft zu sichern und den laufenden Strukturwandel erfolgreich zu gestalten, halten sie eine deutlich höhere und langfristig planbare Beteiligung des Bundes an den Investitionen in die Hafeninfrastruktur für erforderlich. Nur so könne die Leistungsfähigkeit der norddeutschen Seehäfen gesichert, die Rolle Mecklenburg-Vorpommerns im Ostseeraum gestärkt und die maritime Wirtschaft als integrierter Zukunftssektor weiterentwickelt werden.

CDU-Fraktion beklagt Bildungsnotstand

Rot-rote Koalition widerspricht

Der Streit um die Bildungspolitik ist ein Dauerbrenner im Landtag von MV. Kein Bereich – von der Kita bis zum Gymnasium - bleibt davon ausgenommen. In einer von ihr beantragten Aussprache beklagt die CDU-Fraktion einen Bildungsnotstand im ganzen Land und erntet jedoch mit dieser Einschätzung keine Unterstützung auf Seiten der Regierungsfraktionen von SPD und Die Linke.

Die CDU-Fraktion hat in einer von ihr beantragten Aussprache die Bildungspolitik der Landesregierung scharf angegriffen. Als einen Beleg für den Bildungsnotstand nannte **Torsten Renz** (CDU) die hohe Schulabbruchquote in MV. Mehr als jeder zehnte Schüler in MV habe die Schule in diesem Jahr ohne anerkannten Abschluss verlassen. „Das ist der höchste Wert in den vergangenen zehn Jahren." An den Berufsschulen habe die Quote gar bei 18,6 Prozent gelegen. Renz kritisierte, dass das Bildungsministerium auch Monate nach dem Schuljahresabschluss nicht in der Lage sei, dazu konkrete Zahlen zu benennen. Genauso wie die hohe Zahl der Schulabbrüche sei der Unterrichtsausfall in Größenordnung nicht hinnehmbar, sagte Renz. Die Einführung der digitalen Landesschule sei der Tatsache geschuldet, dass das Bildungsministerium dem Lehrermangel und dem Unterrichtsausfall sonst nicht mehr Herr werde. Auch das Thema Schulbau gehe Oldenburg nur dank der finanziellen Unterstützung der Bundesregierung an. Nach vier Jahren, in denen die Linke Verantwortung für die Bildung getragen habe, sei klar, dass keine Probleme gelöst, bestehende vergrößert und ganz neue geschaffen worden seien.

Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (Die Linke) warf Renz vor, vergessen zu haben, dass die CDU mehr als 20 Jahre MV regiert habe. „Unterrichtsausfall, Lehrkräftemangel, Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss. Das waren, das sind und das bleiben große Aufgaben in der Bildungspolitik, in der gesamten Bundesrepublik und eben auch in MV." Für sie sei das Thema der Aussprache eher ein Zeichen des Ideennotstands der CDU-Fraktion, die genau vor einem Jahr das gleiche Thema schon einmal zur Aussprache gebracht habe. Die CDU-Fraktion fordere 950 zusätzliche Lehrkräfte, die jedes Jahr mehr als 90 Millionen Euro kosten würden, sagte Oldenburg. „Der Plan der CDU-Fraktion ist also, Personal zu fordern, das es nicht gibt und Geld auszugeben, das wir nicht haben. Donnerwetter!" In den mehr als 20 Jahren ihrer Regierungsverantwortung sei die CDU kein einziges Mal auf die Idee gekommen, die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte zu senken, Maßnahmen zur Minderung der Abbrecherquote einzuführen oder die Mehrarbeit abzusenken beziehungsweise sie besser zu vergüten. Oldenburg stellte der Bildungspolitik der rot-roten Regierungskoalition eine gute Note aus. Die Opposition habe nicht die Aufgabe, diese Erfolge zu negieren.

Für **Enrico Schult** (AfD) war nach seinen Worten nach dem Redebeitrag der Ministerin klar, dass diese keinen Plan hat, wie es in der Bildungspolitik weitergehen soll. Schult verwies auf Statistiken der Industrie- und Handelskammern, nach denen jeder Dritte seine berufliche Ausbildung abbricht. Der Grund dafür sei, dass die Auszubildenden oftmals nicht das schulische Rüstzeug mitbringen. Schult erwähnte diverse Anträge seiner Fraktion in der Vergangenheit, mit denen seiner Meinung nach die Situation an den Schulen verbessert werden könnte. Diese seien allerdings ausnahmslos von den anderen Parteien abgelehnt worden, bedauerte er. Dazu gehörten Anträge, mit denen die Inklusion revidiert und neu gedacht werden sollte, die Gründung einer pädagogischen Hochschule in MV, die Einführung von finanzieller und ökonomischer Bildung an Schulen oder auch höhere Anforderungen für die Abschlussprüfung im Fach Deutsch zum Erwerb der mittleren Reife. Auch der AfD-Antrag auf Rückkehr zu Fachwissen und zu Naturwissenschaften statt nicht immer mehr politische Bildung und Ideologisierung an den Schulen im Land habe keine Zustimmung erhalten.

Die CDU-Fraktion suggeriert nach Worten der Fraktionsvorsitzenden der Linken, **Jeannine Rösler**, als würde in MV eine ganze Generation am Startblock straucheln, als würde ein jugendlicher Jahrgang nach dem anderen stolpern und fallen und niemand fange ihn auf. „Dieses Bild ist falsch. Es ist überzeichnet und entspricht nicht der Realität in MV," betonte sie. Vielmehr habe MV in den letzten Jahren den stärksten Rückgang der Abbrecherquote bundesweit geschafft. Gleichzeitig unterschlage die CDU-Fraktion die Erfolge der rot-roten Bildungspolitik, sagte Rösler. 2025 hätten rund 4.600 Schülerinnen und Schüler das Abitur bestanden. Der landesweite Notendurchschnitt lag bei 2,3. Bei der mittleren Reife hätten etwa 5.600 Jugendliche ihre Prüfung absolviert mit einem Durchschnitt von 2,5. „Die Prüfungsleistungen 2025 zeigen erneut, dass die Qualität durchaus stimmt." Gleichzeitig sei die Quote der Schülerinnen und Schülern, die eine Klasse wiederholen müssen, mit 2,9 Prozent auf das niedrigste Niveau seit Jahren gesunken. „Wir arbeiten, wir investieren, wir stabilisieren, wir verbessern, wir sehen die Probleme und wir lösen sie. Und vor allem: Wir lassen kein Kind zurück."

„Die Tatsache, dass MV seit Jahren eine der höchsten Schulabbrecherquoten hat, darf uns nicht ruhen lassen", erklärte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Viel zu viele Jugendliche verließen die Schule ohne Abschluss und damit ohne echte Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. „Das ist politisches Versagen, das wir nicht länger beschönigen dürfen." Ministerin Oldenburg mache es sich zu einfach, wenn sie die hohe Quote mit dem Migrations-

hintergrund vieler Schülerinnen und Schüler erklärt. „Unser Bildungssystem braucht mutige Reformen", sagte Wegner. Eine dieser Reformen sei längeres gemeinsames Lernen in Schulclustern, also die Bündelung von Schulstandorten in geographischer Nähe. Bildung funktioniere nicht isoliert, stellte sie fest. Kinder profitierten von stabilen sozialen Beziehungen und von Lehrerinnen und Lehrern, die sie länger begleiten. „Kurze Wechsel und frühe Selektion führen dagegen nachweislich zu Schulabbrüchen." Gleichzeitig müssten die Voraussetzungen geschaffen werden, um Kinder mit und ohne Förderbedarf gemeinsam zu unterrichten. „Inklusion darf kein Lippenbekenntnis bleiben", sagte Wegner.

Andreas Butzki (SPD) kritisierte die CDU-Fraktion, die in ihrem Antrag kaum realistische Vorschläge zur Veränderung der Situation vorgelegt habe. „Es waren nur verbale Angriffe auf die Regierungskoalition". Butzki verwies auf den am Vortag vom Landtag verabschiedeten Haushalt 2026/27. Die CDU-Fraktion habe diesen abgelehnt. Sie sei also gegen eine Verbesserung der Bedingungen in den Schulen und auch gegen eine Erhöhung des Bildungsetats auf zwei Milliarden Euro gewesen. Butzki verwies auf den Koalitionsvertrag von SPD und Die Linke, wo viele Punkte aus dem Bereich der Bildungspolitik bereits abgearbeitet oder in Abarbeitung seien. Dazu gehörten beispielsweise Berufsorientierung und -praktika, Modernisierung der Rahmenpläne und Stärkung der Kernfächer, Unterstützung der Freien Schulen, Digitalisierung, eine zentrale Lernplattform oder die Weiterentwicklung des Lehramtsreferendariats. „In dieser Legislatur haben wir noch mal einen Turbo im Bildungsbereich hingelegt."

„Hinter jeder fehlenden Abschlussurkunde stehen verpasste Chancen für unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und für die Zukunft unseres Landes", konstatierte **Barbara Becker-Hornickel** (Gruppe der FDP). Die Probleme setzten sich fort. Fast jeder Fünfte beendet seine Berufsausbildung ohne Abschluss. „Diese Abbrüche bedeuten verlorenes Potenzial, das MV angesichts des Fachkräftemangels dringend braucht." Ein großes Problem sei der Unterrichtsausfall, sagte Becker-Hornickel. Hinter jeder dieser ausgefallenen Stunden stehe eine verpasste Erklärung, stehe ein fehlender Lernmoment. Unterrichtsausfall treffe gerade jene am härtesten, die ohnehin Unterstützung brauchen. Prinzipiell bräuchten die Schulen mehr Freiheit - pädagogisch, personell, organisatorisch und finanziell. Becker-Hornickel zitierte aus einer Studie der Bertelsmann-Stiftung, in der beispielsweise für Kindergartenkinder zu einem Betreuungsschlüssel von 1 zu 7,5 geraten wird. „Die Realität sieht in diesem Land noch anders aus. Wir haben deutlich größere Gruppen, aber wir haben richtig gut ausgebildete Betreuungskräfte." Hochwertige frühkindliche Bildung verbessere nachhaltig die Entwicklungschancen und sei der erste Schutz davor, dass Kinder später ohne Abschluss dastehen.

mgl

SPD und Die Linke fordern Vogelgrippeimpfung

„Nutztiere besser vor Seuchen schützen"

Jedes Jahr richtet die Aviäre Influenza – auch als Vogelgrippe oder Geflügelpest bezeichnet – beträchtlichen Schaden in den Geflügelbeständen an. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern wurde in Deutschland bislang keine Impfung zugelassen. Darum forderten die Regierungsfraktionen den Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus auf, sich beim Bund für die Impfstoffzulassung einzusetzen. Zugleich sollen nach dem Willen von SPD und Die Linke die bestehenden Maßnahmen zum Schutz vor der Ausbreitung der Vogelgrippe weiterentwickelt und die Fachausschüsse des Landtags regelmäßig über das Seuchengeschehen unterrichtet werden.

Fast 250.000 Hühner, Enten, Gänse, Puten oder Wildvögel seien bisher allein in MV der diesjährigen Geflügelpest zum Opfer gefallen, führte **Dr. Sylva Rahm-Präger** (SPD) an. „Darunter leiden die Tiere, darunter leiden die Tierhalter, und das ist ein großer betrieblicher und volkswirtschaftlicher Schaden", bedauerte die Abgeordnete. Sie lobte das Wildvogelmonitoring im Land, das taggenaue Rückschlüsse auf die Virusverbreitung ermögliche. Doch während Wildvögel im Laufe ihres Lebens eine natürliche Immunabwehr aufbauten, sei dies bei der kurzen Lebensdauer von Nutzgeflügel nicht der Fall. Werde ein Bestand befallen, bleibe nur noch die Tötung der Tiere, um dem qualvollen Verenden zuvorzukommen. „Die große Frage" laute, so Dr. Rahm-Präger, wie mit diesem Virus und den immensen Verlusten umzugehen sei. Verbesserte Schutzmaßnahmen allein werden „unsere immuntechnisch ungeschützten Nutztiere" nicht vor dieser Krankheit bewahren. Darum müsse ein Impfstoff „hohe Priorität bei der Bundesregierung, insbesondere beim Bundeslandwirtschaftsminister haben", verdeutlichte die Abgeordnete.

Zum Weihnachtsfest wolle er „die Botschaft senden", dass wir friedlich miteinander leben können und satt zu essen haben, teilte Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** seine Gedanken mit dem Parlament. Dazu gehöre auch die „Systemrelevanz" der Lebensmittelindustrie, die zur Versorgungssicherheit als „ganz, ganz hohes Gut" beitrüge. Da es in MV in Bezug auf Legehennen nur noch Freiland oder Bio gebe, sei gerade hier das Monitoring der Verbreitung des Virus bei den Wildvögeln so wichtig. Der Minister bedankte sich „sehr, sehr herzlich" bei den Veterinären, Landwirten, der Jägerschaft und allen die an den „hocheffektiven" Maßnahmen zur Eindämmung der Vogelgrippe beteiligt seien. Sie leisteten eine hervorragende

Arbeit. Dr. Backhaus würdigte zugleich das Forschungsinstitut auf der Insel Riems als „Bollwerk gegen Tierseuchen", wo unter anderem ein Impfstoff gegen die Vogelgrippe entwickelt wurde. Darum glaube er, dass es an der Zeit sei, die gesetzlichen Grundlagen zur Anwendung des in Deutschland entwickelten Impfstoffs zu legen. Andere Länder tun dies bereits.

Die Problematik hätte auch per Aussprache abgearbeitet werden können, fand **Thore Stein** (AfD). Denn er könne dem Antrag nicht entnehmen, „was denn jetzt wirklich an Innovativem" beschlossen werden solle. Das Thema Impfstoffe werde nur angeschnitten. Dabei scheine allen klar zu sein, wie „hochkomplex" die Zulassung und Verwendung von Impfungen in der Geflügelhaltung sei. Zum Beispiel benötige es eine umfangreiche Überwachung der geimpften Bestände. Darum wären mehr Details zu Verbesserungen der Biosicherheit wünschenswert gewesen, richtete der Abgeordnete an die Antragsteller. Denn das sind die Dinge, die momentan realistisch gemacht werden können. Doch „außer einer Zustandsbeschreibung und einem Appell" finde er dazu im Antragstext nichts. Die AfD stimme dennoch zu, vor allem in der Hoffnung die Thematik im nächsten Jahr zu vertiefen.

Auch **Thomas Diener** (CDU) fand die Sachdarstellung zutreffend. Aber was der Antrag mit der Bekämpfung der Vogelgrippe zu tun habe, „das erschließt sich selbst einem geneigten Betrachter nicht", hielt er den Regierungsfraktionen vor. Sowohl der Bundesverband für Tiergesundheit als auch der Geflügelwirtschaftsverband in MV forderten die Zulassung von Impfstoff. Das „eigentliche Problem" liege darin, infizierte von geimpften Tieren zu unterscheiden, damit die Vermarktung geimpfter Tiere möglich werde. Und es gebe eine ganze Reihe von Themen, mit denen man das Leben der Tierhalter im Land erleichtern könnte, sprach Thomas Diener an. Dazu gehörten Verordnungen, Vorgaben und Beschränkungen. „Hiervon findet sich in Ihrem Antrag leider gar nichts wieder." Darum gehe er davon aus, dass auch in Zukunft Geflügelfleisch aus Ländern mit niedrigen Tierhaltungsstandards importiert werde. Genau aus diesen Gründen könne die CDU dem „Schaufensterantrag leider nicht zustimmen", begründete der Abgeordnete die Ablehnung.

„Die Lage ist ernst. Wir wissen nicht, wie lange das Seuchengeschehen anhält", warnte **Dirk Bruhn** (Die Linke). Die Kooperation der Veterinärämter mit dem Friedrich-Loeffler-Institut für Tiergesundheit und dem Bund sei „entscheidend" für die Eindämmung der Geflügelpest. Darum fordert der Antrag die Anwendung und Weiterentwicklung effektiver Schutzmaßnahmen. Darüber hinaus brauche es die Zulassung eines Impfstoffs „mit klaren Anwendungsregeln". Die Linke unterstütze diesen Antrag „ausdrücklich", teilte Dirk Bruhn mit. „Aber wir sagen: Uns reicht das nicht. MV und Deutschland müssten mehr tun", fügte der Abgeordnete hinzu. So könnten in Abstimmung mit dem Bund Modellregionen für Impf-Pilotprojekte eingerichtet werden. Natürlich erfordere das auch den Ausbau von Laborkapazitäten und Personal, betonte der Abgeordnete. Am Ende müsse der Öffentlichkeit kommuniziert werden, dass Impfungen sicher und notwendig seien und die bessere Alternative zum Töten von Hunderttausenden Tieren darstelle.

Die aktuellen Ausbrüche der Geflügelpest führten vor Augen, „wie komplex die Verbindung zwischen Wildvogelpopulation, klimatischen Bedingungen und landwirtschaftlichen Strukturen geworden ist", gab **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu bedenken. Die gut funktionierende Zusammenarbeit aller Akteure im Krisenzentrum bilde den „zentralen Baustein des aktuellen Krisenmanagements". Hinzu müsse eine „langfristige Vorsorge" und eine „moderne Tiergesundheitsstrategie" kommen, die auch künftigen Krisen standhalte, stellte sich Dr. Terpe vor. Seine Fraktion begrüße das im Antrag geforderte Bekenntnis zur Entwicklung und Zulassung von Impfstoffen „ausdrücklich". Deshalb müsse sich MV auf Bundes- und EU-Ebene für die praktikable Anwendung von Impfungen einsetzen, bekräftigte der Abgeordnete.

David Wulff (Gruppe der FDP) sah in der gesicherten Versorgung mit Geflügel und Eiern zu Weihnachten einen Indikator dafür, dass die Behörden beim Schutz vor der Ausbreitung der Vogelgrippe „einen relativ guten Job machen". Allerdings stelle er sich beim Blick in den Antrag die Frage: „Hätten wir uns nicht über was Sinnvolleres unterhalten können?" Denn er könne im Forderungsteil nichts Wesentliches finden. Selbst als „Rückenwindantrag" reiche der Text nicht. David Wulff ging davon aus, dass „ein gestandener Landwirtschaftsminister", wie Dr. Backhaus, das Thema „schon ziemlich gut" beim Bund adressieren könne. Abschließend nutzte der Abgeordnete die Gelegenheit und dankte den Tierhaltern, Behörden und Veterinärämtern für ihr Engagement in der Bewältigung der Vogelgrippe.

Ja, der Antrag sei eine Aufforderung an den Bund, erwiderte **Dr. Sylva Rahm-Präger** (SPD) auf die in der Debatte geäußerte Kritik. „Wir brauchen die nationalen Voraussetzungen, um überhaupt Impfstoffe einsetzen zu können." Dazu gehöre auch das erwähnte Monitoring von geimpften und erkrankten Tieren. Dies sei ohne das Zusammenspiel von Behörden, Privatunternehmen und den Akteuren in der Landwirtschaft, „nicht zu wuppen". Zudem gelte es, den Geflügelexport geimpfter Tiere zu regeln. So nehme die USA kein Geflügelfleisch aus Frankreich an, da dort geimpft werde. Dr. Rahm-Präger gab zu bedenken, dass dieses Virus „weltweit unterwegs" sei und ohne Schutzmaßnahmen werde es Versorgungslücken bei Geflügelprodukten geben. Es gehe also darum, tätig zu werden, fasste die Abgeordnete zusammen.

Bei Ablehnung der CDU und Enthaltung der AfD und der Gruppe der FDP wurde der Antrag mit den Stimmen von Die Linke, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

mye

Antrag SPD und Die Linke
Drucksache 8/5686

Mehr Childhood-Häuser in MV gefordert

CHILDHOOD

Hilfe für minderjährige Opfer sexualisierter Gewalt

In den Einrichtungen der Childhood-Häuser wird Kindern und Jugendlichen geholfen, die Opfer oder Zeugen sexualisierter Gewalt wurden. Fachkräfte aus unterschiedlichen Bereichen stellen bei der Befragung zum Tathergang oder der medizinischen Untersuchung das Kindeswohl in den Mittelpunkt. Im Idealfall wird das Kind nur einmal per Videoaufzeichnung vernommen. Ziel ist es, eine Re-Traumatisierung des Opfers zu vermeiden, aber gleichzeitig Beweise und gerichtsfeste Aussagen zu sammeln. In MV gibt es bislang nur in Schwerin ein Childhood-Haus. Das genügt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht. Die Fraktion forderte auch eins für Vorpommern – am besten für jeden Landgerichtsbezirk. Ein Änderungsantrag der AfD verlangte zusätzlich, Childhood-Häuser als Teil des Kinderschutzgesetzes zu verankern und die traumasensible Videovernehmung von Kindern im Strafrecht verbindlich vorzuschreiben.

606 Kinder wurden im vergangenen Jahr allein hier im Land Opfer sexualisierter Gewalt, teilte **Anne Shepley** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) mit. Die „gewaltige" Dunkelziffer sei ein „Skandal, der uns alle etwas angeht", betonte die Abgeordnete. Es müsse alle „wachrütteln", dass sich die Zahl der im Schweriner Childhood-Haus betreuten Kinder in der Altersgruppe 0 bis 6 seit 2022 um 185 Prozent erhöht habe. Gestern wurde im Kinderschutzgesetz ein Childhood-Haus für Vorpommern festgeschrieben. Ein wichtiger Schritt. Allerdings fand Anne Shepley dafür weder Finanzen noch Stellen im Haushalt. Mehr Childhood-Häuser seien keine „bündnisgrüne", sondern eine „menschliche Forderung" und zudem eine „gesamtgesellschaftliche Aufgabe", verdeutlichte die Abgeordnete. Wer diesen Antrag ablehne, müsse erklären, warum er „ausgerechnet Kindern" nicht den Schutz geben wolle, den sie längst bekommen könnten.

„Kinder und Jugendliche vor Gewalt und Missbrauch zu schützen, zählt zu den grundlegenden Aufgaben des Staates und der Gesellschaft", bekräftigte Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD). Dafür brauche es nicht nur dauerhafte, sondern auch „tragfähige Strukturen und Prozesse". Genau dies solle mit dem gestern verabschiedeten Gesetz zur Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendschutzes gelingen. Das Childhood-Haus stelle „einen Baustein in diesem Gefüge" dar. Es habe sich bewährt und Stefanie Drese wünschte sich ein „vergleichbares Angebot" im Osten des Landes. Doch „so einfach ist das Ganze nicht", wand die Ministerin ein. Das Haus in Schwerin folge den Vorgaben der Childhood-Haus-Foundation. Das enge die Möglichkeiten ein. Bund und Länder bemühten sich um ähnliche Konzepte unter Einbeziehung der Verantwortlichen im Land und in den Kommunen. „Dazu brauchen wir Planung, Kommunikation und Absprache", wobei eine „vorschnelle Entscheidung" oder „mengenmäßige Ausbauverpflichtung" nicht weiterhelfen.

Die Debatte drehe sich um kindgerechte Anlaufstellen für Minderjährige, „die das Schlimmste erlebt haben, was man einem jungen Menschen antun kann", mahnte **Petra Federau** (AfD). Es seien „unfassbare Schicksale", von denen uns jedes einzelne „bis ins Mark treffen" sollte. Kein Kind sollte jemals Opfer solcher Gewalt werden. Weil die Realität aber existiere, liege es in der Verantwortung der Politik, endlich zu handeln und „diesen Kindern wenigstens nach der Tat beizustehen". Angesichts der Wichtigkeit sei das Versäumnis der gesetzlichen Verankerung dieser Einrichtung im gestern beschlossenen Kinderschutzgesetz „schlicht bedauerlich", obwohl ein Antrag während der Ausschussberatung dies gefordert habe, kritisierte die Abgeordnete. Die Childhood-Häuser gehören ins Zentrum des Kinderschutzes in MV. Der heutige Antrag eröffne „die Chance, dieses Versäumnis zu korrigieren", appellierte Petra Federau an die Regierungsfraktionen.

Im Antrag gehe es „um den Schutz der Schwächsten in unserem Land", betonte **Sebastian Ehlers** (CDU). Das Thema reiche über Parteipolitik hinaus und sollte das Parlament einen. Denn die Zahl der Opfer sei „erschreckend" und zeige „einen enormen Handlungsbedarf". „Hinter jeder Zahl steht ein Kind, ein junges Leben, das zerbricht oder zumindest tief erschüttert wird." Das Konzept der Childhood-Häuser biete die bestmögliche Unterstützung. Polizei, Medien, Medizin, Psychologie und Justiz arbeiteten Hand in Hand. Kinder werden nicht von einer Stelle zur nächsten geschickt und wiederholt mit ihrem Trauma konfrontiert. Nachdenklich stimmte den Abgeordneten, dass die Taten „hier vor unserer Haustür" passierten. Deswegen wäre ein Childhood-Haus in jedem Landgerichtsbezirk richtig. Sebastian Ehlers bat darum, „gemeinsam ein Zeichen" für den Kinderschutz in MV zu setzen und dem Antrag zuzustimmen.

Auch **Christian Albrecht** (Die Linke) schloss sich der Einschätzung an, „wie sensibel" die Thematik und wie wichtig die im Childhood-Haus geleistete Arbeit sei. Er könne den „Impuls" des Antrags von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „100 Prozent nachvollziehen". Der Abgeordnete gab zu bedenken, dass der Schutz der Kinder versagt habe, wenn das Childhood-Haus in Anspruch genommen werde. Daher müsse bedeutend früher angesetzt werden, und zwar bei „Maßnahmen und Strukturen", die verhinderten, dass Kinder ins Childhood-Haus gebracht werden müssen. Dafür wurde gestern mit dem neuen Kinderschutzgesetz ein wichtiger Beitrag geleistet.

Christian Albrecht plädierte für ein seriöses Vorgehen, das die vorhandenen Möglichkeiten einbeziehe. Er wolle keine „Erwartungshaltung" aufbauen, die zur Folge hätte, dass Ressourcen in anderen Bereichen des Kinderschutzes wegfielen. Darum werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

„Gewalt gegen Kinder ist eines der schwersten Verbrechen in unserer Gesellschaft", vertrat **Barbara Becker-Hornickel** (Gruppe der FDP). „Wenn ein Kind betroffen ist, dürfen wir nicht zögern. Das ist unsere Verantwortung", ließ die Abgeordnete keinen Zweifel. Die Abgeordnete entnahm den Ausführungen der Ministerin, dass die Childhood-Haus-Foundation die Vorgaben für ein Childhood-Haus bestimme. Das sollte nicht davon abhalten, vergleichbare Angebote zu schaffen. „Darauf müssen wir eine Antwort finden." Denn Kinder, die Gewalt erfahren haben, „brauchen schnelle, abgestimmte und verlässliche Hilfe". In enger Kooperation mit den Kommunen sollte das zu bewältigen sein. Für die Gruppe der FDP zähle, dass Lösungen wirkten – unabhängig davon, ob es ein Childhood-Haus oder eine vergleichbare Einrichtung sei. Da der Antrag auf Vernunft, Gleichbehandlung und eine landesweite Hilfe für Kinder setze, werde die Gruppe der FDP zustimmen.

„Kinder haben ein Recht darauf, vor Gewalt geschützt zu werden", begann **Mandy Pfeifer** (SPD) ihre Ausführungen. Darum wurde gestern das Kinderschutzgesetz verabschiedet. Wenn ein Childhood-Haus aufgesucht werden müsse, sei es bereits zu spät. „Es ist furchtbar, dass es diese Häuser braucht, und es ist furchtbar, dass wir Kinder niemals zu 100 Prozent schützen werden können." Die Abgeordnete versicherte, dass sie den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „total" verstehe. Es gehe hier aber nur „bedingt" um Schutz. Die Abgeordnete rief in Erinnerung, dass die Einrichtung des Childhood-Hauses keine Entscheidung des Landes war, sondern eine kommunale Initiative. Mit der gestrigen Entscheidung habe sich das Land zu einem Childhood-Haus in Vorpommern bekannt. Sie sei sich sicher, dass es dazu die nötigen Impulse aus den Ministerien und dem Landesjugendamt geben werde. Zum jetzigen Zeitpunkt lehne ihre Fraktion den Antrag ab.

Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begrüßte die fraktionsübergreifende Zustimmung zur Notwendigkeit der Childhood-Häuser. Der Ministerin entgegnete sie, dass niemand sage, die Umsetzung sei einfach. Sie erwarte aber, dass der Schutz des Kindes nach einer Tat „zu einer Priorität" gemacht werde. Der gestern beschlossene Prüfauftrag stelle weder eine Priorität noch ein Bekenntnis dar. Ein Prüfauftrag bedeute: „Wir gucken erstmal, ob wir das überhaupt brauchen", konkretisierte die Abgeordnete. Die Diskussion habe gezeigt, dass dieser Punkt längst geklärt sei. Auch verwarf Anne Shepley das Argument, Mittel für ein Childhood-Haus fehlten dann dem Kinderschutz an anderer Stelle. „Natürlich nehmen wir nicht Gelder beim Kinderschutz weg. Wir müssen halt zusätzliche Gelder finden", stellte die Abgeordnete klar und fügte hinzu: „Was kostet es denn, wenn wir es nicht machen?" Insofern verstehe sie die Haltung der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen nicht: „Ich bin sehr enttäuscht, dass wir heute hier von Ihnen das gehört haben, was wir leider hören mussten."

Dem Änderungsantrag der AfD stimmte nur der Antragsteller zu. Mit den Gegenstimmen aller anderen wurde die Drucksache abgelehnt.

Trotz der Befürwortung aller anderen Abgeordneten wurde der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Gegenstimmen von den Fraktionen Die Linke und SPD abgelehnt.

mye

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/5689
hierzu
Änderungsantrag AfD
Drucksache 8/6111

Videos der Debatten des Landtages

Erleben Sie die Debatten aus dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern als Video-Mitschnitt.

Unterstützung für frühkindliche Förderung und Verwaltung

FDP fordert Künstliche Intelligenz im Kindergarten

Die Gruppe der FDP regte den Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) dort an, wo man es am wenigsten erwarten würde: im Kindergarten. Allerdings nicht nur für das spielerische Erlernen digitaler Kompetenzen. KI-basierte Anwendungen könnten in erster Linie Defizite in den Sprech- und Sprachfähigkeiten der Kinder erkennen, analysieren und Vorschläge für die individuelle Förderung geben. Außerdem könnte KI von administrativen Aufgaben entlasten. Die FDP betonte, dass im Vorfeld klare Vorgaben für den besonderen Schutz der Kinder und ihrer Daten erarbeitet werden müssten.

Barbara Becker-Hornickel (Gruppe der FDP) beschrieb den Blick in eine Kita, wo Kinder „neugierig, mutig und selbstbewusst" ihre Umwelt entdeckten. Dem gegenüber stünden „ausgelastete Fachkräfte, steigender Dokumentationsdruck, zu wenig Zeit für die direkte Arbeit mit den Kindern". Genau hier stellte sich die Abgeordnete „einen klugen, verantwortungsvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz" vor. KI sei in der Lage, die Sprachentwicklung zu analysieren, Elterngespräche zu übersetzen, Lernangebote individuell anzupassen oder die Dokumentation zu automatisieren. Deshalb schlage die Gruppe der FDP „eine digitale Plattform" vor, die Übersetzungen, Erklärvideos und interaktive Lernangebote bündle. Das alles gehe nur mit strengem Datenschutz. Für Barbara Becker-Hornickel stellte sich nicht die Frage, ob KI genutzt werden solle, sondern wie KI so genutzt werde, dass jedes Kind davon profitiere und Erzieher dafür Zeit finden, „was kein Algorithmus ersetzen kann: Beziehung, Empathie und Zuwendung".

Die Gruppe der FDP habe sich einen Antrag aus NRW „eins zu eins" angeeignet, kritisierte Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (Die Linke) scharf. „Sie hat schlicht abgeschrieben – ohne Quellenangabe, ohne Benennung des Urhebers, ohne Kennzeichnung des gesamten Antrags als Zitat. Und das als Politiker!", entrüstete sich die Ministerin. Weder präsentiere die FDP eigene Ideen, noch berücksichtige sie die Bedingungen der Kindertagesförderung in MV. Dabei unterscheide sich das Kita-System in MV „maßgeblich" von dem in NRW, wo fast 20-mal so viele Kinder aus Familien, in denen kaum Deutsch gesprochen werde, die Kita besuchten. Auch fehlten in NRW für fast jedes fünfte Kind Kita-Plätze. Zudem verbieten die konzeptionellen und pädagogischen Voraussetzungen beider Länder einen Vergleich, „weil es nichts zu vergleichen gibt". Wäre der Antrag auf MV zugeschnitten, hätte Simone Oldenburg gern über dieses „wichtige Thema" diskutiert. Aber als Politiker mit Vorbildwirkung einen Antrag abzuschreiben: „So etwas tut man nicht!"

Enrico Schult (AfD) stimmte zu, dass ein Antrag die Situation in MV widerspiegeln müsse. Davon abgesehen liege es für die AfD „auf der Hand", dass es auf keinen Fall KI in den Kitas brauche. Erzieher sollen sich mit den Kindern beschäftigen und sie nicht vor „Bildschirmen hocken" lassen. Darum lehne seine Fraktion den Antrag „aus tiefster Überzeugung" ab. Enrico Schult sorgte die Rückstellung von 6,5 Prozent der Kinder in MV von der Einschulung. Nicht alles könne auf die Kitas abgeladen werden. Dafür, dass man zu Hause vorlese, bastle oder male seien „natürlich" in erster Linie die Eltern verantwortlich. Der Abgeordnete plädierte für das Konzept der Waldkindergärten, wo viel draußen gespielt werde oder den Lernort Bauernhof, wo die Kinder „hautnah" Tierhaltung erlebten. Letzten Endes liege „der Schlüssel" zum Erfolg in der frühkindlichen Bildung jedoch bei mehr Kitapersonal.

Auch **Torsten Renz** (CDU) tadelte die Gruppe der FDP für den abgeschriebenen Antrag: „Ehrlich gesagt, […] das geht gar nicht." Eigentlich verbiete es sich, diesen Antrag zu debattieren, gab der Abgeordnete zu bedenken. Wie die Ministerin machte er sehr unterschiedliche Ausgangsbedingungen in NRW und MV aus. „Insofern können wir Ihrem Antrag definitiv nicht zustimmen", richtete Torsten Renz an den Antragsteller. Die Kitas im Land kämpften mit Herausforderungen in der Qualität der Erziehung. Dem müsse man sich stellen. Dafür brauche es mehr Erzieher, die mit den Kindern die Sprache aktiv sprechen und ihnen die Entwicklungsschritte beibrächten. Darauf sollte mit Unterstützung der Landesregierung der Schwerpunkt liegen. Torsten Renz hoffte, der Gruppe der FDP „eine Brücke" zu bauen, indem er empfahl, den Antrag zurückzuziehen. „Nicht dass der Landtag noch über Plagiate abstimmen muss."

In Kitas lernten Kinder von und mit Gleichaltrigen und erwerben so „soziale Kompetenzen“, ging **Mandy Pfeifer** (SPD) auf den Antrag ein. In der Realität sinken diese Kompetenzen, obwohl die Qualität der Betreuung schrittweise erhöht werde. Experten nannten als Gründe den zu frühen Kontakt „mit der digitalen Welt“. Kindern werde nicht mehr vorgelesen und zu wenig mit ihnen geredet. Ferner betonten die Wissenschaftler, wie „essenziell“ persönliche Bindungen für den Bildungserfolg seien. „Sie geben den Kindern die emotionale Basis für Selbstvertrauen, Neugier und Lernbereitschaft. Und sie sorgen dafür, dass Kinder ihre Emotionen regulieren können, Ängste überwinden und sich auf das Lernen einlassen können.“ Mandy Pfeifer wolle nicht ausschließen, dass es „irgendwann“ KI in Kitas geben werde – flankiert von einem pädagogischen Konzept. Aber basierend auf dem aktuellen Wissen wolle sie davon absehen.

„Roboter, die Geschichten vorlesen, digitale Sprachassistenten, die mit Kindern sprechen.“

Manche sehen in KI eine Chance, gab **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu bedenken. Doch brauchen Kinder „keine Maschinen, sie brauchen Menschen“, hob die Abgeordnete hervor. Die ersten Lebensjahre legten „das Fundament“ für Sprache, Denken, Empathie und Vertrauen. Dieses Fundament entstehe nicht durch Technik, sondern durch Beziehung. Studien bestätigten, dass der Wortschatz und die Sprachentwicklung direkt von der Qualität der menschlichen Interaktion abhängen. Angesichts des Fachkräftemangels oder zu großer Kita-Gruppen klinge die Idee „verführerisch“, KI könnte Aufgaben übernehmen. Werden „Maschinen“ in die Kitas gestellt, warnte Jutta Wegner, werde verdrängt, was Kinder am dringendsten brauchen: menschliche Nähe. Darum gelte für KI in der direkten Arbeit mit Kindern: „Finger weg!“ Ihre Fraktion lehne den Antrag deshalb ab.

Ungeachtet der Frage, ob es sich um ein Plagiat handle oder nicht, sei das Thema interessant, wenngleich „besonders sensibel, denn es geht ja um unsere Kleinsten“, wand **Jeannine Rösler** (Die Linke) ein. Faktisch hätten Pilotprojekte die technische Machbarkeit gezeigt und „zusätzliche Perspektiven“ bei Lautbildung oder von Satzstrukturen eröffnet. Aber „entscheidend“ sei, dass diese Studien keine Wirksamkeit lieferten, dass KI-Anwendungen „die Sprachentwicklung tatsächlich verbessern, Defizite schneller abbauen oder langfristig positive Effekte haben“, hielt die Abgeordnete dagegen. Gerade in der frühkindlichen Bildung gelte eine besondere Sorgfalt bei der Einführung neuer Methoden. Hier wolle der FDP-Antrag „zu schnell, zu viel“. Stattdessen könne auf wissenschaftlich begleitete Pilotstudien mit einem „belastbaren Ethik- und Datenschutzkonzept“ gesetzt werden. Weitere Forschung, wie KI die pädagogische Beziehung beeinflusse, müsse verhindern, dass „keine noch so kluge Software“ die Grundlagen der Pädagogik „untergrabe“.

„Ob Plagiat her oder hin“, das mache den Antrag nicht schlechter, rechtfertigte sich **Barbara Becker-Hornickel** (Gruppe der FDP) gegenüber der Bildungsministerin. Diese habe selbst die 10.000 Kinder aus migrantischen Familien erwähnt, die in MV in die Kita gehen. „Gehen uns die nichts an? Stellen wir die nach hinten?“, fragte die Abgeordnete. Natürlich würde KI nicht schon morgen eingesetzt werden. Diese Dinge müssen entwickelt werden. Auch gehe es nicht darum, „Avatare oder Roboter“ hinzusetzen. Es gehe darum, dass die Elternhäuser so unterschiedlich „wie das Leben überhaupt“ seien. Frau Rösler habe das Pilotprojekt sehr gut vorgestellt. Natürlich brauche es zunächst noch mehr Tests, bestätigte Barbara Becker-Hornickel. Richtig und wichtig bleibe, dass es den Kindern helfe, und zwar „für ihre ganze Zukunft“. Denn man komme nicht weiter, wenn man die Sprache nicht richtig spreche.

Nur der Antragsteller stimmte der Drucksache zu. Mit den Gegenstimmen aller anderen Landtagsabgeordneten wurde das Ansinnen der Gruppe der FDP abgelehnt.

mye

Antrag Gruppe der FDP
Drucksache 8/5437

Anträge von CDU und AfD fordern Windkraft mit Augenmaß

Flexibilität beim Energiemix und den Flächenzielen favorisiert

Im Dezember debattierte der Landtag zum wiederholten Male das Thema Windenergieausbau. AfD und CDU hatten je einen Antrag vorgelegt. Die AfD forderte, die vom Bund vorgeschriebenen Flächenziele für die Installation von Windrädern durch „technologieoffene Energieerzeugungsziele" zu ersetzen. Im Gegensatz dazu setzte die CDU auf eine Flexibilisierung der Abstände von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung. Dadurch könnte MV mit seiner geringeren Siedlungsdichte höhere Abstände anwenden.

Der Antrag ihrer Fraktion könne „Vernunft in die Energiepolitik" des Landes bringen, formulierte **Petra Federau** (AfD). Denn die Energiewende mit dem „fatalen Windenergieflächenbedarfsgesetz" sei „volkswirtschaftlich falsch, ökologisch schädlich und technisch nicht tragfähig". Die AfD lehne die Ausweisung von 1,4 Prozent der Landesfläche zur Installation von Windenergieanlagen bis 2027 und erst recht von 2,1 Prozent bis 2032 ab. Windkraft sei wetterabhängig und überlaste das Stromnetz bei hoher Verfügbarkeit. „Wirtschaft und Bürger brauchen Verlässlichkeit, keine Stromlotterie", warnte Petra Federau. Energiepolitik brauche einen „technologieoffenen" Mix aus grundlastfähigen Energiequellen und ergänzender erneuerbarer Energie. Darum plädierte die Abgeordnete dafür, dass sich MV der Initiative von Thüringen und der Mecklenburgischen Seenplatte anschließe, um beim Bund die Überarbeitung der Flächenziele einzufordern.

Der Anspruch der CDU liege nicht nur mit diesem Antrag, sondern „grundsätzlich" auf „mehr Akzeptanz beim Windenergieausbau" durch flexible Flächenziele und bedarfsgerechte Abstandsregeln, hob **Wolfgang Waldmüller** (CDU) hervor. Die starre Flächenvorgabe des Bundes berücksichtige nicht die Leistungssteigerungen bei der Erneuerung alter Turbinen. Würde sich das Gesetz stattdessen an der erzeugten Leistung orientieren, könnten die CO_2-Ziele genauso gut erreicht werden. „Und das muss man irgendwann mal zur Kenntnis nehmen", unterstrich der Abgeordnete. Andererseits führten moderne, höhere Anlagen zu mehr Beeinträchtigungen durch Schatten, Lärm oder Sichtbarkeit. Hier schlage die CDU vor, die Gestaltungsmöglichkeit des Landes zu nutzen und den Abstand von Windkraftanlagen zu Siedlungen zu erhöhen. Wolfgang Waldmüller zeigte sich „fest überzeugt", dass MV dazu „keine dogmatischen Vorgaben vom Bund" nötig habe.

Der Ausbau der Windenergie bilde eine der „zentralen Säulen unserer Energieversorgung", führte Wirtschaftsminister **Dr. Wolfgang Blank** (parteilos) aus. Windkraft biete „wirtschaftliche Entwicklungspotenziale", unterstütze das Erreichen der Klimaziele und lasse Bürger und Kommunen vom produzierten Strom profitieren. Die Landesregierung stehe zum verantwortungsvollen Ausbau erneuerbarer Energien. Doch führe die Intention des AfD-Antrages mühsam erreichte Kompromisse mit den regionalen Planungsverbänden „ad absurdum" und gefährde die rechtsstaatlich verbürgte Planungssicherheit für Investoren, wand der Minister ein. Bezüglich der von der CDU geforderten höheren Abstände zur Wohnbebauung habe das Land bereits Festlegungen. „Es muss allen klar sein", warnte Dr. Blank, dass größere Abstände die Windräder in die Naturräume drängten, wo das Land ebenso „erhebliche Schutzinteressen" habe.

Beiden Anträgen sei gemeinsam, den Ausbau der Windenergie in MV zu bremsen, schlussfolgerte **Dr. Daniel Trepsdorf** (Die Linke). Beide Sichtweisen trage seine Fraktion nicht mit. Denn die Darlegung der AfD bedeute „in Wahrheit" den Ausstieg aus der Energiewende und „die Rückkehr zu Kohle, Gas und Öl". Windräder seien „keine Gefahr für die Umwelt", sondern „Teil ihrer Rettung", bekräftigte der Abgeordnete. Der Antrag der CDU klinge „vernünftig", sei es aber nicht. Die landesweit einheitliche Abstandsregelung schaffe Rechtssicherheit für Bürger, Gemeinden und Investoren. Schon heute seien 95 Prozent der Landesfläche von der Windenergienutzung ausgeschlossen. Größere Abstände zu Wohngegenden kollidierten mit dem Naturschutz. Dennoch ermunterte Dr. Trepsdorf seine Kollegen, sich in die Diskussion zur Ergänzung der Flächenziele mit Leistungsprinzipien auf Bundesebene einzubringen.

Für seine Fraktion stehe im Vordergrund, ob MV beim Ausbau der Erneuerbaren „endlich auf Kurs kommt", betonte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Eine Aufweichung des Flächenziels verletze nicht nur Bundesrecht, sondern verhindere die Steuerung der Energiewende durch eine verbindliche Kenngröße. Die CDU suggeriere, dass Akzeptanz durch Abstand entstehe. Dabei „verschärfen" höhere Abstände „Flächenkonflikte" und „bestrafen moderne, leisere Anlagen". Zudem können bei Notwendigkeit durchaus größere Abstände festgelegt werden. „Wer jetzt in den laufenden Planungen ständig an den Kriterien dreht, riskiert genau den Wildwuchs, den Sie angeblich verhindern wollen", entgegnete Hannes Damm der CDU und ergänzte: „Wer Versorgungssicherheit und niedrige Preise will, braucht klare Flächenziele statt pauschaler Abstände."

Falko Beitz (SPD) vermutete, die CDU wolle mit ihren Forderungen bei den Windenergiegegnern „um Stimmen fischen". Tatsächlich werden Windkraftanlagen vor ihrer Genehmigung auf Basis des Emissionsschutzgesetzes bewertet. Je größer eine Anlage, umso

größer auch der Mindestabstand zur Wohnbebauung. Darum erkannte Falko Beitz keinen Handlungsbedarf. Selbst die von der CDU zitierte bayerische Regelung der Abstandsvergrößerung für besonders hohe Windkraftanlagen sei „längst aufgeweicht". Nicht die Abstände, sondern die Beteiligung an der Energieerzeugung sei für die Akzeptanz bei den Bürgern „deutlich wichtiger". Der AfD warf der Abgeordnete „die übliche Rosinenpickerei" in der Argumentation vor. Nur weil die SPD in einem anderen Bundesland einen Antrag mittrage, müsse sie dem nicht in MV folgen. Seine Fraktion lehne beide Anträge ab.

„Windenergie – unser Dauerthema", merkte **David Wulff** (Gruppe der FDP) an. Bei der Forderung der AfD nach einer „kompletten Rückabwicklung der Energiewende" könne die Gruppe der FDP nicht mitgehen. Das Anliegen der CDU nach größeren Abständen bei höheren Anlagen könne er „absolut nachvollziehen". Allerdings liege der durchschnittliche Abstand von Siedlungen in MV bei fünf Kilometern. Dass bei manchen Anlagen mehr Abstand geboten sei, liege auf der Hand. Die Gruppe der FDP setze sich für mehr Planungssicherheit und folglich mehr Wirtschaftlichkeit beim Windkraftausbau ein. Gerade für die Nutzung von Wasserstoff brauche es die Energie aus Windrädern. Deswegen müsse deren Ausbau „im Einklang mit Akzeptanz" und „mit Augenmaß" vorangetrieben werden, unterstrich David Wulff. Deshalb lehne die Gruppe der FDP beide Anträge ab.

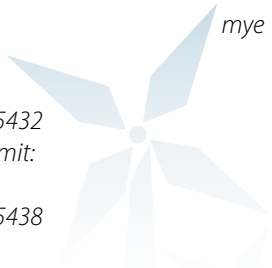
Petra Federau (AfD) warf SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Realitätsverweigerung" vor und empfahl ihnen, auf Einwohnerversammlungen betroffener Gemeinden zu gehen. „Sie werden dort ausgebuht", versicherte sie. Natürlich sei es für die Windkraftlobby lukrativ, Geld selbst dann zu bekommen, wenn die Anlagen abgeschaltet werden. „Das sind wirklich Gelddruckmaschinen". Eine teure Energiepolitik habe nichts mit sozialer Verantwortung zu tun, richtete die Abgeordnete an die SPD. „Die Grünen" sprächen von Nachhaltigkeit und Naturschutz, „industrialisieren" mit ihrer Politik jedoch „Boden, Wasser, Tiere und den Himmel". Die AfD werde „nicht müde" werden, Technologieoffenheit und Wirtschaftlichkeit einzufordern, und stelle sich gegen „eine Energiewende, die teuer, instabil und unsozial ist", bekräftigte Petra Federau.

Er glaube nicht, dass die Bürgerbeteiligung das „Allheilmittel" für mehr Akzeptanz sei, erwiderte **Wolfgang Waldmüller** (CDU) dem Wirtschaftsminister. Zumal sich der CDU-Antrag auf Anlagen beziehe, die von der Länderregelung bislang nicht erfasst wurden. Denn das Land könne maximal 1.000 Meter Abstand festschreiben, was für Windräder von bis zu 200 Meter Nabenhöhe zu wenig sei. In dem, was die CDU vorschlage, „steckt ein Konzept drin": weg von den Flächenzielen des Bundes, hin zu einem Leistungskriterium. Es sei „wissenschaftlich erwiesen", dass die Klimaziele so auch erreicht werden können. Der Abgeordnete wies die Landesregierung eindringlich darauf hin, dass mit einem Festhalten an dem 2-Prozent-Flächenziel, „Nullakzeptanz" erreicht werde. „Im Gegenteil: Sie treiben die Leute woanders hin, wo Sie sie nicht haben wollen", wurde Wolfgang Waldmüller deutlich.

Dem Antrag der AfD stimmten der Antragsteller und die fraktionslose Abgeordnete Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner zu. Durch die Ablehnung aller anderen Parlamentarier wurde die Drucksache verworfen. Den CDU-Antrag befürworteten die CDU, AfD und die fraktionslose Abgeordnete Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner. Die Ablehnung von Die Linke, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der FDP verhinderte die Annahme.

mye

a) Antrag AfD
Drucksache 8/5432
in Verbindung mit:
b) Antrag CDU
Drucksache 8/5438



Hintergrund

Die CDU-Fraktion (Drucksache 8/5438) regt an, die sogenannte Länderöffnungsklausel in § 249 Baugesetzbuch weiterzuentwickeln. Damit sollen die Länder künftig größere oder stärker differenzierte Mindestabstände zwischen Windenergieanlagen und Wohnnutzungen festlegen können, sofern die bundesgesetzlich vorgesehenen Ausbauziele für erneuerbare Energien gewahrt bleiben. Hintergrund ist, dass moderne Anlagen mit deutlich größeren Gesamthöhen als ältere Windräder errichtet werden und die bisherige landesrechtliche Abstandspraxis von 1.000 beziehungsweise 800 Metern auf ihre Angemessenheit überprüft werden soll. Vorgesehen ist zudem eine Evaluierung der bestehenden Abstandsregeln und die Prüfung alternativer Modelle, etwa höhen- oder leistungsabhängiger Abstände (Hx-Regelung).

Die AfD-Fraktion (Drucksache 8/5432) zielt mit ihrem Antrag auf eine Änderung oder Abschaffung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes. Das Gesetz verpflichtet die Länder, bis Ende 2027 einen Anteil von 1,4 Prozent und bis 2032 rund zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergienutzung vorzusehen. Nach Auffassung der Antragsteller soll Mecklenburg-Vorpommern sich im Bundesrat dafür einsetzen, die bundeseinheitlichen Flächenvorgaben durch technologieoffene Energieerzeugungsziele zu ersetzen und stärker auf einen Energiemix mit grundlastfähigen Erzeugungsarten zu setzen.

Mit den Anträgen werden unterschiedliche energiepolitische Schwerpunkte sichtbar. Während der CDU-Antrag insbesondere auf die Akzeptanz des Windenergieausbaus durch bedarfsgerechte Abstandsregelungen und die Anpassung bundesrechtlicher Spielräume abzielt, betont der AfD-Antrag die Reduzierung von Flächenvorgaben für Windenergie, die Stärkung eines breiter gefassten Energiemixes sowie Aspekte von Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit. Beide Vorlagen verknüpfen damit die Umsetzung der Energiewende mit Fragen des Natur- und Artenschutzes, der regionalen Planungshoheit und der Lebensqualität im ländlich geprägten Mecklenburg-Vorpommern.

Entscheidung zur MV Tourismus GmbH

Im Juli beschloss der Landtag auf Vorschlag der Landesregierung, den Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern e. V. (TMV) durch eine landeseigene MV Tourismus GmbH zu ersetzen. Neben der Mitarbeiterübernahme bedeutete das auch den Erwerb der Sach- und Investitionsmittel durch die neue GmbH. Darum bat Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Blank (parteilos) in der Dezember-Sitzungswoche um Zustimmung zur Teilfinanzierung des Kaufs des Internationalen Hauses des Tourismus in Rostock, dem früheren Sitz des TMV und nun der neuen GmbH. Sowohl der Minister als auch das Parlament äußerten einhellig Wertschätzung für die vom TMV geleistete Arbeit. Vor allem die Opposition kritisierte dessen Abwicklung. Paul-Joachim Timm (AfD) nannte es eine „politische Fehlentscheidung". Dem TMV die Bildung von Rücklagen vorzuwerfen und damit die Auflösung zu rechtfertigen, sehen selbst Gutachter kritisch, hob der Abgeordnete hervor. Die CDU werde dem Antrag im Interesse der Kontinuität im touristischen Landesmarketing zustimmen, erklärte Wolfgang Waldmüller (CDU) für seine Fraktion. Doch sei die „überhastete" und „intransparente" Art und Weise, wie der TMV „zerschlagen" wurde, „ganz einfach falsch" gewesen. Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) weigerte sich, einem „so dürren Antrag" ohne Eckpunkte oder konkrete Zahlen zuzustimmen. So etwas habe er „überhaupt noch nicht erlebt", beklagte der Abgeordnete und fügte hinzu: „Das geht nicht." Angesichts der Bedeutung des Tourismus als „Kernindustrie", stelle die mit diesem Antrag angestrebte „zielgerichtete Weiterentwicklung" keinen Bruch, sondern eine „gesamtwirtschaftliche Notwendigkeit" dar, verteidigte Thomas Würdisch (SPD) das Vorgehen der Landesregierung. René Domke (Gruppe der FDP) hielt es für fraglich, ob „ausgerechnet" eine Landesgesellschaft die effektivste Lösung darstelle. Trotz Reformbedarf hätte sich seine Gruppe „einen anderen Weg gewünscht". Die Fraktion Die Linke beteiligte sich nicht an der Debatte.

Bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Gruppe der FDP und der AfD, aber Zustimmung durch SPD, Die Linke und der CDU wurde der Antrag angenommen.

Antrag Landesregierung
Drucksache 8/5691

Besserer Schutz für Kinder und Jugendliche

Im neuen Kinderschutzstrukturgesetz werden laut Sozialministerin Stefanie Drese (SPD) Prävention und Intervention verstärkt. Kern ist aus ihrer Sicht die Rückübertragung des Landesjugendamtes in die Landesverwaltung. Jugendämter würden nun verlässlich unterstützt und die Qualitätsstandards in Einrichtungen eingehalten. Mit der Zentralen Stelle Kinderschutz baut die Landesregierung nach Meinung von Petra Federau (AfD) eine neue Struktur auf. Viele dieser Aufgaben existierten bereits in der Kontaktstelle Kinderschutz. „Wir riskieren also Doppelstrukturen und unklare Zuständigkeiten." Die Vernetzung sei ein wichtiges Instrument, um die Informationen auszutauschen, sagte Harry Glawe (CDU). Er erinnerte daran, dass die Aufgaben des Landesjugendamts bei der Kreisgebietsreform an die Kreise abgegeben wurden. Dieser Schritt sei korrigiert worden. Mit dem Gesetz werde die Handlungssicherheit der Fachkräfte verbessert, sagte Christian Albrecht (Die Linke). Die zentrale Stelle Kinderschutz werde eine interaktive Service-Vermittlungsinstanz haben. Das Land übernehme die Kosten von 1,6 Millionen Euro. Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) forderte einen vielfältigeren Aufbau des Gesetzes. Es müssten noch die verschiedenen Aspekte von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen oder Migrationsgeschichte miteinbezogen werden. Für Mandy Pfeiffer (SPD) ist ein schlagkräftiges Landesjugendamt von großer Bedeutung. Es fördere die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und freien Trägern der öffentlichen Jugendhilfe. Zusätzlich würden Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe entwickelt. Für Barbara Becker-Hornickel (Gruppe der FDP) hat der Kinderschutz in seiner bisherigen Form versagt. Es habe 2022 in MV fast 5200 Fälle im Jahr wegen möglicher Kindeswohlgefährdung gegeben. „Diese Zahl steht nicht nur für Statistiken, sie steht für Schicksale." Das Sozialministerium bestätigte diese Zahl. Es verwies jedoch darauf, dass die Zahl der akuten oder latenten Kindeswohlgefährdungen deutlich geringer sei. 2024 seien davon 1.718 registriert worden, nach 2023 mit 1.673 Fällen. Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der fraktionslosen Abgeordneten und Enthaltungen aller übrigen Abgeordneten angenommen.

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 8/5300

Bachelor of Law für Jurastudenten

In MV können junge Menschen an der Universität Greifswald Jura studieren – ein anspruchsvolles Fach mit rückläufigen Studienanfängern und einer Durchfallquote von gut 25 Prozent beim ersten Staatsexamen. Ein Gesetzentwurf der Landesregierung zielte mit drei Neuerungen auf eine verbesserte Attraktivität des Studiums. Eine betraf die konsequent digitale Kommunikation und Archivierung, eine weitere den Ersatz der Hausarbeit durch einen von der Universität zu bestimmenden Leistungsnachweis. Der wichtigste Teil der Gesetzesänderung, erklärte Prof. Dr. Robert Northoff (SPD), betreffe aber die Möglichkeit zum „integrierten Bachelorabschluss", wenn beim zweiteiligen Staatsexamen die universitäre Prüfung bestanden wurde, aber nicht die staatliche Pflichtprüfung. Ein Durchfallen in der Pflichtprüfung ließ die Studenten bislang ohne akademischen Abschluss zurück, verdeutlichte der Abgeordnete. Er befürworte auch die im Änderungsantrag von SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gruppe der FDP vorgeschlagene Verleihung des Bachelors rückwirkend zum Stichtag 31. Dezember 2017. Justizministerin Jacqueline Bernhardt (Die Linke) sah in der Einführung des integrierten Bachelors einen wichtigen und „zeitgemäßen" Beitrag zur Fachkräftegewinnung. Auch die CDU begrüße das Vorhaben, versicherte Sebastian Ehlers (CDU), und regte an, den Bachelor von vornherein studienbegleitend zu erwerben und nicht vom Prüfungsergebnis abhängig zu machen. Das Staatsexamen solle der „Goldstandard" für den Zugang zum traditionellen juristischen Bereich bleiben, hob Michael Noetzel (Die Linke) hervor. Aber der integrierte Bachelor schaffe ein „Auffangnetz" und stärke das Jurastudium. Ebenso würdigte die Fraktionsvorsitzende Constanze Oehlrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Novellierung als „einen echten Gewinn". Trotz Skepsis hinsichtlich der Verwendung von KI bei wissenschaftlichen Arbeiten spreche sich die Gruppe der FDP „grundsätzlich" für das Gesetz aus, bringe es doch neue „berufliche Perspektiven", erkannte René Domke (Gruppe der FDP). Die Fraktion der AfD entschied sich dafür, ihre Rede zu Protokoll zu geben.

Bei der Abstimmung zum Änderungsantrag von SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Gruppe der FDP enthielten sich die AfD und die fraktionslose Abgeordnete Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner. Mit der Zustimmung aller anderen Abgeordneten wurde der Antrag angenommen.

Das Parlament befürwortete einstimmig den Artikel 1 des Gesetzentwurfes mit den im Änderungsantrag beschlossenen Änderungen, genauso wie den Artikel 2 und das Gesetz als Ganzes in der Schlussabstimmung.

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 8/5300

hierzu
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Justiz, Gleichstellung, Verbraucherschutz, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten (3. Ausschuss)
Drucksache 8/5711

hierzu
Änderungsantrag SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gruppe der FDP
Drucksache 8/6113

Abschluss von 89 Petitionen

Der Vorsitzende des Petitionsausschusses, Thomas Krüger (SPD), legte dem Parlament in der Dezember-Sitzungswoche eine Liste von 89 Petitionen vor, die vom 1. Juni bis zum 30. September 2025 vom Petitionsausschuss bearbeitet wurden. Die Übersicht enthielt Details zum Inhalt jeder Petition sowie zur Begründung, wie mit ihr zu verfahren sei. Der Abschluss eines Petitionsverfahrens erfordere die Zustimmung des Landtags, erklärte Thomas Krüger, um dann auf einige der Gesuche einzugehen. In drei der 89 Fälle konnte dem Anliegen in vollem Umfang entsprochen werden. In einem davon ging es um Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung im Wohnort. Dieses Beispiel stehe repräsentativ dafür, „dass Petitionen durchaus erfolgreich sein können", unterstrich der Vorsitzende. Es sei aber auch „exemplarisch" für die zahlreichen Eingaben zum Thema Autoverkehr, Fußgänger und Anwohner oder zum Alleen- und Umweltschutz. Sieben Petitionen wurden der Landesregierung zur weiteren Bearbeitung überwiesen. Dabei handelte es sich um den Umgang mit freilebenden Katzen oder um eine einheitliche Regelung der Abmeldung vom Religionsunterricht. In zehn Fällen konnte dem Anliegen gar nicht entsprochen werden. Bei 46 Beschwerden wurde entweder ein Kompromiss erzielt oder es gelang zumindest, Missverständnisse aufzuklären oder auszuräumen, informierte Thomas Krüger. Auch in den Fällen, in denen nicht geholfen werden konnte, erkannte der Ausschussvorsitzende „oft einen Mehrwert". Denn das Erklären der Vorgehensweise von Behörden führe oftmals dazu, dass die Petenten die Prozesse und Entscheidungen besser nachvollziehen können. Der Petitionsausschuss habe die vorliegende Beschlussempfehlung zum Abschluss der 89 Petitionen einstimmig beschlossen. Darauf basierend bat Thomas Krüger auch um Zustimmung des Landtags. Ohne Aussprache folgte der Landtag einstimmig der Empfehlung des Petitionsausschusses, und stimmte der Drucksache zu.

Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses

Drucksache 8/5828

Mehr Geld für Kommunen gefordert

Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Anpassung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen vorgelegt. Wie Innenminister Christian Pegel (SPD) ausführte, habe das Gutachtergremium zunächst vorgeschlagen, künftig den Kreisen rund 27 Millionen Euro mehr pro Jahr zuzuweisen, weil dort eine stärkere Belastung vorhanden sei. Ferner schlagen die Gutachter vor, den sogenannten Belastungsfaktor von 1,22 auf 2,05 anzuheben. Ein Kind soll also bei der Geldverteilung auf die Kommunen genauso viel zählen wie zwei Erwachsene, sogar ein Hauch mehr, erklärte der Minister. „Das beruht auf den Ermittlungen, welche Kostenblöcke mit Kindern und Jugendlichen einhergehen." Auch bei den Soziallasten werde der sogenannte Rechenfaktor drastisch von 5,7 auf künftig 22,23 erhöht. Profitieren würden vor allen Dingen Schwerin, ein wenig Rostock und die drei östlichen Landkreise, weil dort die Soziallasten deutlich ausgeprägter sind als es in anderen Teilen des Landes. Der Staat und in diesem Fall die kommunalen Ebene nehme sich einen immer größeren Anteil der von den Bürgern erwirtschaften Steuereinnahmen und geschaffenen Werte, kritisierte Enrico Schult (AfD). „Den Steuerzahlern kann die Forderung aller staatlichen Ebenen nach immer mehr Geld nicht mehr vermittelt werden." Die Diskussion um immer mehr Ausgaben von Steuergeld könnte nach Ansicht von Marc Reinhardt (CDU) auch mal anders geführt. Dann werde es schwierig, wenn es darum geht, welche Standards verändert oder abgeschafft werden können - beispielsweise in Kitas oder in der Senioren- und Behindertenpflege. Dirk Bruhn (Die Linke) verwies auf den Bund, der auch eine Verantwortung für die Lage der Kommunen trage. In vielen Bereichen der Bundesgesetzgebung würden die tatsächlichen Erfüllungsaufwendungen und Kostenfolgen weit über die ursprünglichen Abschätzungen hinausgehen. „Den Kommunen steht das Wasser bis zum Hals", sagte Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Mit diesem Gesetzentwurf werde zumindest von der Landesseite versucht, einen Beitrag zu leisten, dass es nicht noch schlimmer kommt. „Bei aller notwendigen Kritik muss man auch sagen, dies ist ein richtiger Schritt." Martina Tegtmeier (SPD) erläuterte, dass die schwierige Finanzlage der Kommunen in der konjunkturellen Entwicklung, den steigenden Ausgaben insbesondere im Sozialbereich und den Mindereinnahmen durch den Zensus 2022 begründet sei. Mit dem Finanzausgleichsgesetz würden nicht nur Mindereinnahmen ausgeglichen, sondern Investitionsmittel in noch nicht da gewesenem Umfang auf den Weg gebracht. „Etwas zu verteilen ist immer schwer, wenn die Decke für alle zu kurz ist", sagte René Domke (Gruppe der FDP). Jede Ebene beklage eine angespannte Haushaltssituation und am Ende ist es die kommunale Ebene, die viel abfangen muss.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) betonte, dass sie ein großes Vertrauen zu den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, den Landräten und den ehrenamtlichen Kommunalparlamenten habe. Diese könnten gut vor Ort entscheiden, wofür das Geld ausgegeben werden muss. Der Gesetzentwurf wurde einstimmig in den Innenausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanz- beziehungsweise den Bildungsausschuss zu überwiesen.

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 8/5680

Bürgerbeauftragter ernannt

Am 10. Dezember 2025 ist Silvio Witt offiziell zum Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern ernannt worden. Am Rande der Plenarsitzung überreichte Landtagspräsidentin Birgit Hesse die Ernennungsurkunde an Silvio Witt, der sein Amt zum 1. Januar 2026 angetreten hat. Bereits in der 118. Sitzung des Landtages am 12. November 2025 wurde Silvio Witt mit 44 von 70 abgegebenen Stimmen mehrheitlich zum neuen Bürgerbeauftragten gewählt. Er tritt die Nachfolge von Dr. Christian Frenzel an und wird künftig die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern vertreten.

Foto: Landtag MV

Befragung der Landesregierung

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.

Änderungen beim geplanten Containerhafen in Swinemünde

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: […] Guten Morgen, Herr Blank! Guten Morgen in die Runde! Vor wenigen Wochen wurde in der polnischen Presse bekannt, dass die bisherigen Pläne für den Containerhafen Swinemünde grundlegend verändert wurden. Nach dem Ausstieg des belgisch-katarischen Konsortiums und einer Studie, die ergeben hatte, dass das bisherige Projekt nicht wirtschaftlich war, sollen nun staatliche Stellen den Bau übernehmen. Gleichzeitig wurde der Umfang des Vorhabens massiv ausgeweitet. Statt der ursprünglich geplanten 70 Hektar ist nun eine rund 186 Hektar große künstliche Halbinsel, das „Kap Pommern" vorgesehen. Die Fahrrinne soll auf 17 Meter vertieft werden. Eine solche Vergrößerung verändert das gesamte Projekt fundamental und sorgt auf beiden Seiten der Grenze – das haben wir ja auch hier in der Presse vernommen – für erhebliche Befürchtungen, denn schließlich lebt die Region von der intakten Natur und dem Tourismus.

Aus unserer Sicht macht dies die bisherige Umweltgenehmigung hinfällig und erfordert ein neues, vollumfängliches, grenzüberschreitendes UVP-Verfahren, das die kumulativen Auswirkungen des Vorhabens insgesamt bewertet – das haben wir ja auch zuvor schon gefordert – und nicht wie bisher in mehrere Teilprojekte aufspaltet. Der direkte Beginn der ersten Bauphase in dieser Woche lässt befürchten, dass ähnlich wie beim Ausbau der Oder erneut Fakten geschaffen werden, bevor eine ordnungsgemäße Beteiligung aller Betroffenen stattfinden kann.

Jetzt komme ich zu meiner Frage: Wurde die Landesregierung von polnischer Seite über die neuen Planungen informiert oder einbezogen? Hält sie ein neues grenzüberschreitendes UVP-Verfahren für erforderlich, und hat sie gegenüber den polnischen Partnern bereits Konsultationsbedarf angemeldet?

Minister Dr. Wolfgang Blank: Gerne! Danke!

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Frau Abgeordnete, liebe Frau Wegner, vielleicht erst mal ganz kurz persönlich. Auch hier anlehnend an die vorherige Frage das Thema „Respekt, Wertschätzung vor dem polnischen Nachbarstaat", dass wir dort natürlich erst mal anerkennen müssen und ich das zutiefst auch stütze, dass sich die polnische Seite Gedanken macht, wie sie ihre wirtschaftliche Entwicklung gerade im östlichen, äh, im westlichen Landesteil sozusagen vorantreibt. Das soll kein Pro sein.

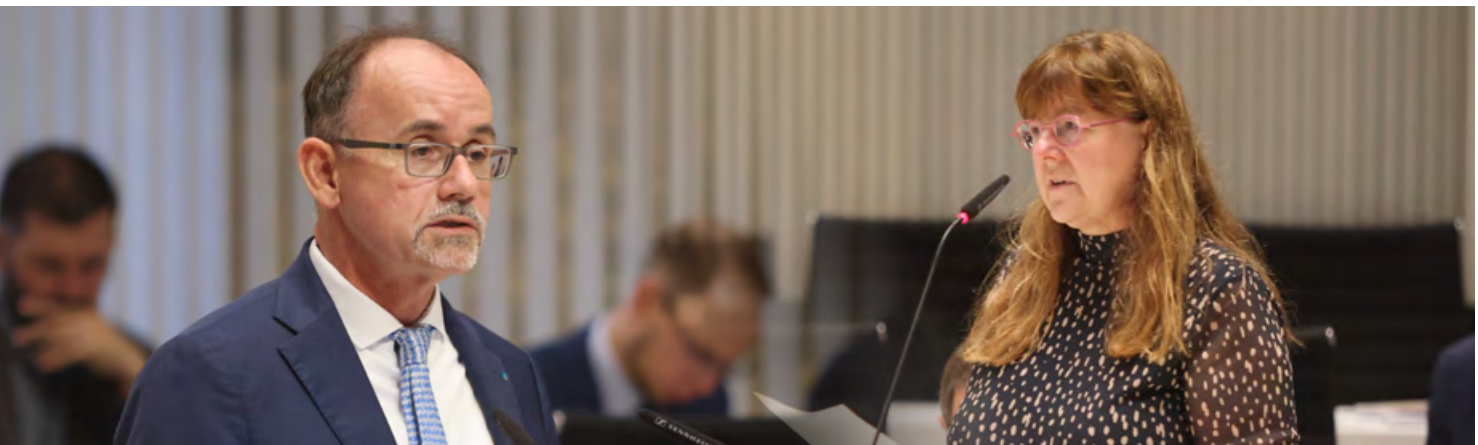
Ich durfte mir am 21. März gemeinsam mit dem Staatssekretär für das östliche Mecklenburg und Vorpommern das angucken, mit Frau Agatowska habe ich mir das angesehen. Das, sage ich mal, ist persönlich durchaus beunruhigend, wenn man das sich so anschaut, was da an einem Standort, wo man durch Kiefernwälder durchgeht, an den Strand kommt, passiert.

Es ist in der Tat so, dass in den Jahren 22/23 ja die Landesregierung involviert war und wir dann ja auch nach der Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem LM, auch dem StALU keine wesentlichen Punkte hier gesehen haben. Nach meinem derzeitigen Kenntnisstand ist die polnische Seite bisher noch nicht auf uns zugekommen. Wir müssen ja sehen, was dort, wie dort der Stand ist. Ich habe diese Information jetzt auch aus der Presse, und da gilt das, was ich vorher gesagt habe. Ich würde mir das gerne noch mal zum Anlass nehmen, mir das anzuschauen. Offiziell, wie gesagt, ist mein Kenntnisstand heute, mein Informationsstand, dass wir dort noch keine weiteren Kontakte hatten.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, sehr gerne. Herr Minister, Sie haben gesagt, es gibt noch keine Konsultationen durch die polnische Seite. Beabsichtigt die Landesregierung, diese Konsultationen in Gang zu setzen und sich einzusetzen und möglicherweise auch die Bundesebene aufzufordern, das in ihre Regierungskonsultationen endlich aufzunehmen?

(Minister Dr. Till Backhaus: Das haben die genau gefordert.)



Minister Dr. Wolfgang Blank: Das ist ja jetzt genau der Punkt. Natürlich sind wir im Kontakt, auch mit dem Bund. Ich glaube, wir müssen hier unterscheiden, zum einen zwischen dem Standort – von 80 auf 180 Quadratmeter hochzugehen, ist schon eine massive Veränderung. Der Prozess muss eingeleitet werden. Also sozusagen, der Kontakt muss hergestellt werden. Was die Fahrrinne anbetrifft, haben wir eine Verantwortlichkeit ja, die beim Bund liegt. Auch das muss man abstimmen. Und ja, dann sind wir auch gerne bereit, Sie da auf den neuesten Stand zu bringen. Wir sehen diese massive Änderung und werden auch dementsprechend reagieren. – Danke schön! Vielen Dank!

Frage zu Lärmbelästigung durch LNG-Terminal vor Rügen

Petra Federau, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister! Bei meiner Frage geht es um die Hintergründe, Gründe und Auswirkungen der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 3. Dezember 2025 in dem Verfahren der Deutschen ReGas gegen das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern im Hinblick auf den Weiterbetrieb der Verbrennungsmotoren des LNG-Terminals zur Stromerzeugung. Im Rahmen der mündlichen Verhandlung wurde vonseiten der Beklagtenvertreter über das Aufkommen massiver nachteiliger Überschreitung tieffrequenter Schallimmissionen seit Inbetriebnahme der Regasifizierungsanlage der Deutschen Regas Ostsee berichtet.

Meine Frage: Welche Position vertritt die Landesregierung im Hinblick auf diese Lärmbelästigung? Werden dazu weitere Messungen durchgeführt werden und wird das Änderungsgenehmigungsverfahren im Hinblick auf diese Frage ergebnisoffen geprüft werden?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Der Punkt 1, ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie selber in Leipzig waren.

Petra Federau, AfD: Ja.

Minister Dr. Till Backhaus: Das heißt, Sie haben das Verfahren, ich weiß nicht ganz genau, aber nicht ganz bis zum Ende verfolgen können. Aber eins will ich noch mal feststellen, Punkt 1, das Bundesverwaltungsgericht hat dem Land Mecklenburg-Vorpommern in Vertretung unseres Hauses und auch des Status Vorpommerns vollständig recht gegeben. Das heißt im Übrigen, wir haben Rechtssicherheit, wir haben Planungssicherheit und der Rechtsstaat funktioniert, denn eines ist vollkommen klar, der Antragsteller, das wissen Sie, die ReGas, hatte mit dem Ursprungsantrag ein Verfahren eingeleitet, eine Kraft-Wärme-Kopplung zu installieren. Das haben sie mittlerweile zurückgenommen und das war der Gegenstand der Auseinandersetzung.

Eines ist vollkommen klar, wir haben recht bekommen, dass die ReGas ein Änderungsverfahren zu durchlaufen hat. Das ist die Rechtsgrundlage. Und darüber bin ich froh. Ich danke ausdrücklich unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass sie das so sauber aufbereitet haben. Und die andere Kernbotschaft, die hat damit zu tun, mit Ihrer ganz konkreten Frage, nämlich, werden die Sorgen der Menschen, der Umwelt und der gesamten Problematik in einem Bundesimmissionsschutzverfahren, werden die in dieser sogenannten gebundenen Entscheidung wirklich überprüft, und kann man sich als Gegner oder als Befürworter dieser Einrichtung, kann man sich auf diesen Rechtsstaat verlassen. Und das sichere ich zu, ausdrücklich sage ich das. Und dazu gehören im Übrigen die Immission und natürlich auch der tieffrequente Schall.

Wenn Sie jetzt bis zum Ende die Vorträge noch mal wahrgenommen haben oder hätten, hätten Sie auch den Vortrag von beiden Seiten gehört. Und da ist insbesondere, der tieffrequente Schall hat ja dort eine Rolle gespielt und wir bleiben in all den Werten, das nehme ich hier zur Kenntnis, unter den Grenzwerten, das möchte ich auch noch mal feststellen. Und deswegen kann ich Ihnen versichern, wir haben jetzt ja eine Übergangsgenehmigung, das ist auch vom Bundesverwaltungsgerichtshof verfügt worden. Das heißt, die Anlage kann bis April so betrieben werden, und bis dahin ist dann eine endgültige Genehmigung zu erteilen.

Und es wird natürlich auch weitere Auflagen für die Genehmigung geben, aber ich gehe davon aus, dass es keine unüberwindbaren Hürden gibt, sodass der Antragsteller als auch die Bevölkerung von der Insel Rügen sich darauf verlassen können, dass sie eine rechtssichere, gerichtsfeste Entscheidung treffen werden.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Frau Federau, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Petra Federau, AfD: Ja. Eine Landstromanlage würde laut Vertretern des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie solche Geräuschimmissionen, über die wir gerade gesprochen haben, nicht verursachen. Liegen diese technischen Voraussetzungen zum Bau einer Landstromanlage im Fährhafen von Sassnitz-Mukran vor?

Minister Dr. Till Backhaus: Grundsätzlich waren wir davon ausgegangen, dass der Antragsteller ja eine KWK- und damit eine Landstromanlage nutzen will. Dieses ist so nicht umgesetzt worden, sondern – das muss man auch der Ehrlichkeit halber sagen – es hat dieses Unternehmen erhebliche, ganz erhebliche, auch aufgrund unserer Forderungen, Anlagen auf den Schiffen, auf den beiden Schiffen installiert, um damit die Grenzwerte, die wir gefordert haben, einzuhalten. Sowohl Lärm als auch die Auswirkungen auf die Wassersituation – also die wasserrechtliche Genehmigung gehört mit dazu – sind sehr genau überprüft worden. Und deswegen, sage ich noch einmal, ist dieses Verfahren, das wir gefordert haben, nämlich eine Änderungsgenehmigung zu durchlaufen, richtig. Und das wird jetzt gemacht, und da wird noch mal auch die Öffentlichkeit beteiligt.

Bis zum 15. Dezember, das wissen Sie wahrscheinlich, läuft noch die öffentliche Anhörung. Da kann auch jeder Einsicht nehmen in die Unterlagen. Also die Unterstellung, wir würden hier nicht transparent arbeiten – das ist jetzt nicht von Ihnen gekommen –, das weise ich in aller Form zurück, sondern wir durchlaufen hier ein rechtssicheres und, ich hoffe, auch nach wie vor ein gerichtsfestes Verfahren. Und die Menschen und das Unternehmen können sich darauf verlassen, dass wir hier wirklich mit aller, mit aller Konsequenz dieses Verfahren durchlaufen.

Petra Federau, AfD: Danke!

Gemeinnützigkeit von Kleingartenvereinen

Thomas Diener, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Minister, […] Es geht hier um die Richtlinie über die Anerkennung der kleingärtnerischen Gemeinnützigkeit, der sogenannten Gemeinnützigkeitsrichtlinie. Gemäß Paragraf 5 der oben genannten Richtlinie ist diese seit dem 31.12.2024 außer Kraft. Welche Auswirkungen hat dies auf die Anerkennung der Gemeinnützigkeit für die Kleingartenvereine in unserem Land, zum Beispiel im Hinblick auf Pacht oder Steuerzahlungen und dergleichen?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Diener! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Das Bundeskleingartengesetz Paragraf 2 regelt das eindeutig. In einer Zeit, wo wir über Entbürokratisierung, Vereinfachung nachdenken, ist vollkommen klar, haben wir uns dazu entschlossen, für mich steht tatsächlich das Kleingartenwesen unter unserem Schutz, unter dem Bundeskleingartengesetz, für das ich im Übrigen immer wieder gekämpft habe, und es ist gut, dass wir das haben. Und die Kommunen sind in der Pflicht, die Gemeinnützigkeit anzuerkennen. Das kennen sie auch und das machen sie auch in hervorragender Weise.

Und insofern ist das eindeutig geregelt, deswegen haben wir von diesem Verfahren, nämlich die Anerkennung und da noch weitere Rechtsverordnungen zu erlassen, haben wir Abstand genommen. Es gilt das Bundeskleingartengesetz. Und damit sind die Kommunen in der Pflicht und machen das auch gut, aus meiner Sicht, die Gemeinnützigkeit anzuerkennen.

Was wir neu gemacht haben, ist die sogenannte Schätzungsrichtlinie. Das heißt, wenn ein Gartenverein auf einen anderen Bewirtschafter übergehen soll, dass wir da die Grundsätze regeln innerhalb des Landes, und das funktioniert auch ganz gut.

Also das Kleingartenwesen ist in Mecklenburg-Vorpommern wirklich eine tolle ehrenamtliche Tätigkeit und die Gemeinnützigkeit bleibt erhalten. Daran ändert sich nichts, wenn man die Kriterien einhält.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister! Herr Abgeordneter, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

Thomas Diener, CDU: Ja, vielen Dank, noch bloß zur Klarstellung: Das ist also nicht beabsichtigt, dann weitergehende Regelungen zu erlassen, die Gemeinnützigkeit sozusagen festzuschreiben, weil es Bundesregelungen gibt, die darüber hinausgehen?

Minister Dr. Till Backhaus: Nein, es gilt das Bundeskleingartengesetz und das ist die Grundlage der Entscheidung. Das kennen die Kommunen, und darüber sind sie auch informiert.

Aktueller Stand bei Novelle des Landeskatastrophenschutzgesetzes

David Wulff, FDP: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister! Ich wollte mich noch mal mit dem Thema Landeskatastrophenschutzgesetze auseinandersetzen. Wir haben im Innenausschuss ja auch schon häufiger mal darüber gesprochen. Es war ja eigentlich auch in der Planung, dass das noch vor Abschluss der Legislatur kommt, eine Novelle, und ich glaube, das ist auch dringend notwendig. Und jetzt kam halt auch in der Antwort von der Kollegin Frau van Baal die Auflistung mit den geplanten Vorhaben, und beim Landeskatastrophenschutzgesetz fehlt da die zeitliche Umsetzung. Und da wollte ich einfach mal nach dem aktuellen Stand fragen und ob wir denn noch in dieser Legislatur damit rechnen können.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei Fragen in einer, ich versuche trotzdem, beide aufzugreifen.

Erstens. Die Kolleginnen und Kollegen sind immer das gleiche Referat – ich glaube, darauf hatte ich schon wiederholt hingewiesen –, die auch beim Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz aktiv sind, das jetzt schon ein ganzes Stück weiter ist und deshalb momentan prioritär bearbeitet wird, damit wir damit auf jeden Fall noch in dieser Legislatur hier in den Landtag kommen.

Parallel haben die Kolleginnen und Kollegen gleichwohl, ähnlich wie beim Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz, einen längeren Prozess vorweggeschaltet, indem man nicht, wie es häufig bei Gesetzen ist, als Regierungsseite ein Gesetz macht und dann in die Verbändeanhörung gibt und alle Verbände ganz überrascht draufschauen, sondern wir haben einen längeren Prozess zusammen vor allen Dingen mit den Landeshilfsorganisationen, mit den Landeskatastrophenschutzorganisationen und verschiedenen anderen Beteiligten geführt und quasi eine Themensammlung vorgenommen.

Die Themensammlung ist mit den Beteiligten abgestimmt, ist auch mit mir vorabgestimmt, ist aber noch nicht zum Abschluss gelangt. Da werden also noch weitere Abstimmungen erforderlich sein. Und die Kolleginnen und Kollegen selbst gehen zurzeit oder sind unsicher, ob sie den Abschluss des KRITIS-Dachgesetzes auf der Bundesseite abwarten wollen und sollen. Dann muss man sicherlich zugestehen, dass die hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen weniger stark in den Legislaturperioden denken, als wir das tun. Im Zweifel ist auch ein gut vorbereitetes Gesetz für die nächste Legislatur mit Sicherheit etwas wert.

Meine Hoffnung bleibt gleichwohl, dass wir auf die Zielgerade kommen, aber das Argumentationsmuster ist nicht von der Hand. Das KRITIS-Dachgesetz des Bundes zielt auf sehr große Einheiten ab, ab denen es erst greift. Und die Überlegung der Kolleginnen und Kollegen ist es, ob man dann als Landesgesetzgeber die Chance nutzen müsste und sollte, unterhalb dieser Schwellenwerte – damit wäre die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz in dem Bereich ja hoffentlich nicht ausgefüllt, zumindest geht der Bundesinnenminister in der Ministerkonferenz davon aus, dass er nicht sperren will, sondern darunter sagt, dann müsst ihr Länder eben tätig werden –, die Kolleginnen und Kollegen schauen deshalb, ob möglicherweise wir unsererseits entweder Verweisungsregeln oder Einbindungsregeln für kleinere Einheiten ebenfalls aufnehmen, und sind deshalb ein Stück weit mit einem Auge sehr stark dabei, zu schauen, wie das KRITIS-Dachgesetz weitergeht.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

David Wulff, FDP: Nein, vielen Dank!

Laufende Gesetzgebung

Stand: 15. Dezember 2025

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/5092	Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Landeswasserrechts	Landesregierung	Agrarausschuss	1. Lesung: 16.07.2025 in Beratung
8/5314	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, des Landesdisziplinargesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes	Landesregierung	Innenausschuss	1. Lesung: 08.10.2025 in Beratung
8/5315	Entwurf eines Mediengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Mediengesetz – MedienG M-V)	Landesregierung	Innenausschuss	1. Lesung: 08.10.2025 in Beratung
8/5316	Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	Landesregierung	Bildungsausschuss	1. Lesung: 08.10.2025 in Beratung
8/5318	Entwurf eines Gesetzes zur Begegnung der medizinischen Unterversorgung oder drohenden Unterversorgung in ländlichen oder strukturschwachen Regionen im Land Mecklenburg-Vorpommern	Landesregierung	Sozialausschuss	1. Lesung: 08.10.2025 in Beratung
8/5334	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Mecklenburg-Vorpommern	CDU	-	1. Lesung: 08.10.2025 Ablehnung der Überweisung
8/5404	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Heilberufsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern und weiteren Gesundheitsrechts	Landesregierung	Sozialausschuss	1. Lesung: 12.11.2025 in Beratung
8/5405	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes	Landesregierung	Innenausschuss	1. Lesung: 12.11.2025 in Beratung
8/5416	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes	Landesregierung	Innenausschuss	1. Lesung: 12.11.2025 in Beratung
8/5417	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Tiergesundheitsgesetz	Landesregierung	Agrarausschuss	1. Lesung: 12.11.2025 in Beratung
8/5418	Entwurf eines Gesetzes zur Gestaltung einer klimaverträglichen Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung anderer Gesetze	Landesregierung	Agrarausschuss	1. Lesung: 12.11.2025 in Beratung
8/5419	Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung von Verfahrenserleichterungen im Kommunalprüfrecht und im Kommunalverfassungsrecht	Landesregierung	Innenausschuss	1. Lesung: 12.11.2025 in Beratung
8/5420	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes und anderer Vorschriften	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	-	1. Lesung: 12.11.2025 Ablehnung der Überweisung
8/5436	Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung der Gemeinden sowie deren Einwohnerinnen und Einwohnern an den Erlösen des Windenergie- und Solaranlagenausbaus in Mecklenburg-Vorpommern	Landesregierung	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 12.11.2025 in Beratung
8/5680	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Anpassung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern	Landesregierung	Innenausschuss	1. Lesung: 11.12.2025 in Beratung
8/5681	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern und des Architekten- und Ingenieurgesetzes	Landesregierung	Innenausschuss	1. Lesung: 11.12.2025 in Beratung
8/5682	Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung und Förderung der Informationssicherheit im Land Mecklenburg-Vorpommern	Landesregierung	Finanzausschuss	1. Lesung: 11.12.2025 in Beratung

Abgeschlossene Gesetzgebung

Abgeschlossene Gesetzgebung – im Plenum am 10. und 11. Dezember 2025 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/4994	Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Einrichtungenqualitätsgesetzes und zur Änderung weiterer Regelungen	Landesregierung	1. Lesung: 25.06.2025 2. Lesung: 11.12.2025	Annahme
8/5088	Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung des Biosphärenreservats Südost-Rügen (BRSOR-ErwG)	Landesregierung	1. Lesung: 16.07.2025 2. Lesung: 11.12.2025	Annahme
8/5090	Entwurf eines Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern	Landesregierung	1. Lesung: 16.07.2025 2. Lesung: 11.12.2025	Annahme
8/5091	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Dauergrünlanderhaltungsgesetzes	Landesregierung	1. Lesung: 16.07.2025 2. Lesung: 11.12.2025	Annahme
8/5199	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026/2027	Landesregierung	1. Lesung: 15.09.2025 2. Lesung: 10.12.2025	Annahme
8/5200	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 (Haushaltsgesetz 2026/2027)	Landesregierung	1. Lesung: 15.09.2025 2. Lesung: 10.12.2025	Annahme
8/5300	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes	Landesregierung	1. Lesung: 08.10.2025 2. Lesung: 11.12.2025	Annahme
8/5415	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Richterinnen und Richter sowie die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Landesregierung	1. Lesung: 12.11.2025 2. Lesung: 11.12.2025	Annahme
8/5317	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Regelungen zur Übertragung der Befugnisse nach dem Gewerbesteuergesetz für gemeindefreie Gebiete und zur Berücksichtigung zusätzlicher Steuereinnahmen im Kommunalen Finanzausgleich Mecklenburg-Vorpommern	Landesregierung	1. Lesung: 08.10.2025 2. Lesung: 11.12.2025	Annahme

Angehende Finanzexperten

Studentinnen und Studenten der FH Güstrow zu Besuch beim Finanzausschuss

Der Finanzausschuss des Landtages hat unmittelbar vor seiner 98. Sitzung am 20. November 2025 eine Klasse der FH Güstrow empfangen.

Der Dozent für Haushaltsrecht hatte sich angesichts der aktuellen parlamentarischen Haushaltsberatungen im Vorfeld an den Finanzausschuss gewandt und um einen Termin gebeten, damit sich die 43 Teilnehmerinnen und Teilnehmer seines Kurses einmal mit Praktikern zu den Herausforderungen des Doppelhaushaltes 2026/2027 austauschen konnten.

Diesem Wunsch sind der Vorsitzende des Finanzausschusses, MdL Tilo Gundlack, und die Obleute des Finanzausschusses der Fraktionen der SPD, der CDU, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der FDP gern nachgekommen und haben die Klasse für den 20. November 2025 ins Schweriner Schloss eingeladen. An diesem Tag hat der Finanzausschuss im Anschluss an das Gespräch in seiner Sitzung seine Beratungen zum Entwurf des Doppelhaushaltes 2026/2027 beendet und seine 18 Beschlussempfehlungen an den Landtag erarbeitet. Hierfür hat der Finanzausschuss über mehr als 600 Änderungsanträge abstimmen müssen.

Zuvor hatten sich die Vertreter des Finanzausschusses von 14:00 bis 15:30 Uhr Zeit für den Austausch mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Güstrow genommen. Die Abgeordneten stellten sowohl aus Sicht der Koalitionsfraktionen als auch aus Sicht der Oppositionsfraktionen die Herausforderungen des aktuellen Haushaltsentwurfs für die kommenden zwei Jahre dar.

Dankenswerterweise hatte sich auch das Ministerium für Finanzen und Digitalisierung auf Bitte des Finanzausschusses bereit erklärt, auch eine Kollegin aus der Haushaltsabteilung zu diesem Termin zu entsenden, sodass sie der Klasse der FH Güstrow praxisnah das Haushaltsverfahren von der Aufstellung bis zur Verkündung nahebringen konnte.

Die Prunkkuppel des Schweriner Schlosses erstrahlt wieder

Nach dem vollständigen Abbau des Gerüsts ist eines der markantesten Elemente des Residenzensembles wieder in voller Pracht zu sehen. Damit sind die intensiven Sanierungsarbeiten an der Goldenen Kuppel abgeschlossen.

Landtagspräsidentin Birgit Hesse betonte die Bedeutung dieses Moments: „Die Prunkkuppel gehört zu den prägenden Blickfängen unseres Schlosses. Dass sie nun wieder frei zu sehen ist, ist ein Gewinn für das gesamte Residenzensemble Schwerin – und für alle, die diesen besonderen Ort besuchen. Mit der restaurierten Kuppel und dem wieder erstrahlenden Erzengel Michael zeigt sich das Schweriner Schloss erneut als eines der schönsten Fotomotive unseres Landes."

Der restaurierte Erzengel Michael kehrte bereits im September 2024 nach Schwerin zurück, nachdem er in einer Berliner Spezialwerkstatt umfassend instandgesetzt und neu vergoldet wurde.

Der Direktor des Landtages Armin Tebben hob hervor, dass Kuppel und Erzengel für das Schloss eine besondere symbolische Bedeutung hätten und die Strahlkraft des Bauwerks erhöhten. Zudem habe die enge Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen maßgeblich zum Erfolg des Projekts beigetragen.

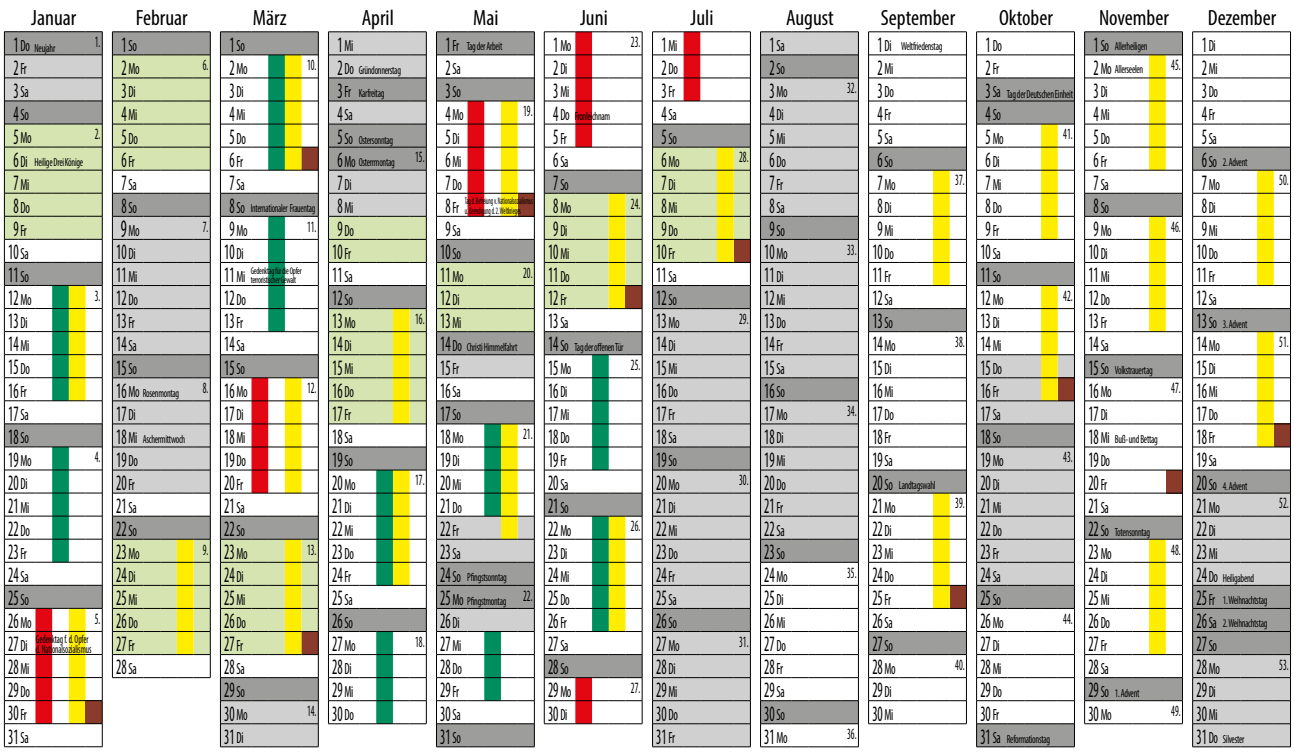
US-Delegation zu Gast im Landtag MV

Am 11. Dezember 2025 war eine Delegation der Partnerschaft der Parlamente e. V. und der National Conference of State Legislatures (NCSL) aus den Vereinigten Staaten zu Gast im Landtag Mecklenburg-Vorpommern.

Nach einer Führung durch das Schweriner Schloss, bei der die Gäste mehr über die Geschichte des Landtagssitzes und die Arbeit des Parlaments erfuhren, wurden sie von Landtagspräsidentin Birgit Hesse im Plenarsaal begrüßt.

Der Delegation gehörten zehn Abgeordnete sowie Senatorinnen und Senatoren aus verschiedenen US-Bundesstaaten an. Im Rahmen ihrer Delegationsreise besuchten sie vom 6. bis 12. Dezember 2025 die Parlamente von Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.

Zeitplan des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2026



LANDTAG Mecklenburg-Vorpommern

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Telefon: 0385/525-0, Telefax: 0385/5252121
E-Mail: poststelle@landtag-mv.de, Internet: www.landtag-mv.de

Stand: 24. September 2025

LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Telefon: 0385/525-0, Telefax: 0385/5252121
E-Mail: poststelle@landtag-mv.de, Internet: www.landtag-mv.de

Sitzungspräsidium

Birgit Hesse
Präsidentin des Landtages
Fraktion der SPD

Beate Schlupp
1. Vizepräsidentin des Landtages
Fraktion der CDU

Elke-Annette Schmidt
2. Vizepräsidentin des Landtages
Fraktion Die Linke

Schriftführerinnen und Schriftführer

Christian Brade	*(Fraktion der SPD)*
Tilo Gundlack	*(Fraktion der SPD)*
Nadine Julitz	*(Fraktion der SPD)*
Christine Klingohr	*(Fraktion der SPD)*
Mandy Pfeifer	*(Fraktion der SPD)*
Michel-Friedrich Schiefler	*(Fraktion der SPD)*
Christian Winter	*(Fraktion der SPD)*
Petra Federau	*(Fraktion der AfD)*
Jens-Holger Schneider	*(Fraktion der AfD)*
Paul-Joachim Timm	*(Fraktion der AfD)*
Christiane Berg	*(Fraktion der CDU)*
Thomas Diener	*(Fraktion der CDU)*
Henning Foerster	*(Fraktion Die Linke)*
Michael Noetzel	*(Fraktion Die Linke)*
Hannes Damm	*(Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*
Sandy van Baal	*(fraktionslos)*

Sternsinger-Empfang im Schloss

Am 7. Januar 2026 empfing der Landtag Mecklenburg-Vorpommern besondere Gäste: Rund 20 Kinder der Niels-Stensen-Schule Schwerin besuchten als Sternsinger den Landtag im Schweriner Schloss. Nach ihrer Ankunft brachten die Kinder den traditionellen Drei-Königs-Segen „20+C+M+B+26" sowohl am Portal des Landtages als auch am Büro von Landtagspräsidentin Birgit Hesse an.

Im Anschluss fand eine besinnliche Andacht in der Schlosskirche statt. Danach erhielten die Kinder im Landtag Einblicke in die parlamentarische Arbeit und kamen im Plenarsaal mit anwesenden Abgeordneten ins Gespräch. Dabei nutzten sie die Gelegenheit, Fragen zu stellen und mehr über die Aufgaben und den Alltag der Abgeordneten zu erfahren.

Der Besuch stand ganz im Zeichen einer langen Tradition: Seit Jahrhunderten ziehen Kinder rund um den Dreikönigstag von Haus zu Haus, bringen den Segen zu den Menschen und sammeln Spenden für Kinder in Not. Unter dem diesjährigen Motto „Sternsingen gegen Kinderarbeit" machten die Sternsinger auf die Bedeutung von Kinderrechten aufmerksam und setzten ein deutliches Zeichen gegen ausbeuterische Kinderarbeit weltweit. Mit ihrem Engagement leisteten sie einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung benachteiligter Kinder und zur Stärkung des gesellschaftlichen Bewusstseins für dieses Thema.

Fotos: Danny Gohlke

WUSSTEN SIE SCHON?

VERANSTALTUNGEN IM INNENHOF DES SCHWERINER SCHLOSSES

Samstag, 14. August 2026
Einlass: 18:30 Uhr • Beginn 20:00 Uhr
Rudelsingen – Team Rauterberg

Samstag, 15. August 2026
Einlass: 17:30 Uhr • Beginn: 19:00 Uhr
Saltatio Mortis, „Burgentour 2026“

Samstag, 22. August 2026
Einlass: 13:00 Uhr • Beginn: 14:00 Uhr
Heavysaurus

Donnerstag, 27. August 2026
Einlass 19:00 Uhr • Beginn 20:00 Uhr
Siegfried & Joy

Samstag, 29. August 2026
Einlass: 18:00 Uhr • Beginn: 19:00 Uhr
The Dead South

Donnerstag, 03. September 2026
Einlass: 18:00 Uhr l Beginn: 19:00 Uhr
Philipp Poisel & Band

Samstag, 05. September 2026
Einlass: 18:00 Uhr l Beginn: 19:00 Uhr
Alexander Scheer & Andreas Dresen

Sonntag, 06. September 2026
Einlass: 18:30 Uhr • Beginn: 20:00 Uhr
Schiller

Freitag, 11. September 2026
Einlass: 18:30 Uhr • Beginn: 20:00 Uhr
Alin Coen

Sonntag, 13. September 2026
Einlass 17:30 Uhr • Beginn: 19:00 Uhr
Phil Collins Tribute Show

VERANSTALTUNGEN DES LANDTAGES MV

28.02.2026
17. WIR-Aktionstag
Schlossparkcenter Schwerin

21.04.2026
Landesfinale Jugend debattiert
Plenarsaal Schloss Schwerin

01.06.2026
Kindertag
Schloss Schwerin

07.06.2026
UNESCO-Welterbetag
Schloss Schwerin

14.06.2026
Tag der offenen Tür
Schloss Schwerin

19.06. - 21.06.2026
34. Leistungsschau
Uecker-Randow-Region
Torgelow

13.09.2026
Tag des offenen Denkmals
Schloss Schwerin

20.09.2026
Wahl Landtag MV

15.11.2026
Volkstrauertag
Schloss Schwerin